

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz C. Himm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserationsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kretzschmar, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Häbner; in Altona: Haafenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Turtbeim.

# Danziger



# Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

### Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der Königin haben Allergnädigst geruht: Den Staats-Anwalt Reissel zu Schweidnitz zum Staatsanwalt bei dem Stadtgerichte und bei dem Kreisgerichte zu Breslau; so wie den bisherigen Staatsanwalts-Gehilfen Sundelin in Anklam zum Staatsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Friedeberg in der Neumark zu ernennen.

### (W. G. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 25. Mai. Die heutige „Donauzeitung“ bemerkt gegenüber den Äußerungen der „Preussischen Zeitung“ über Oesterreichs Erklärung am Bunde in der Kriegsverfassungsfrage, auf die angeregte Polemik im Interesse einer Ausgleichung der Gegensätze und aus Rücksicht gegen Preußen selbst jetzt absichtlich nicht einzugehen.

Wien, 25. Mai. Nach der heutigen „Oesterreichischen Zeitung“ ist in Borarlberg wegen daselbst stattgehabter fanatischer Umtriebe gegen den Protestantismus, eine kriminalgerichtliche Untersuchung angeordnet worden.

London, 25. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom 16. d. hat der Präsident Lincoln den fremden Mächten erklärt, er werde die Verbindung mit den Staaten abbrechen, welche die Commissäre der Nebenstaaten anerkennen. — Die Virginier haben die Ueberreste des General Washington vom Mount Vernon weggenommen.

### Die Debatte über das Unterrichtsgesetz.

I.

In zwei Sitzungen, am 11. und 17. Mai, hat das Haus der Abgeordneten sich wiederum, wie schon im vorigen Jahre, mit dem immer noch nicht erfüllten Artikel 26 der Verfassung beschäftigt. Im vorigen Jahre verbieth Hr. v. Bethmann-Hollweg, es werde in seinem Ministerium an dem durch jenen Artikel gebotenen Unterrichtsgesetz so gearbeitet werden, als wenn es in der diesjährigen Session zur Vorlage kommen sollte. Zwar könne er nicht versprechen, wohl aber hoffe er, mit dieser Arbeit zur rechten Zeit fertig zu werden. Wir lassen uns nicht gern auf Prophezeiungen ein, aber in diesem Falle waren wir unserer Sache so vollkommen gewiß, daß wir ohne Zögern und Umschweifen es aussprachen, die Hoffnung des Ministers werde nicht in Erfüllung gehen. Und sie ist nicht erfüllt worden. Jetzt hofft der Minister wieder, wenigstens in der nächsten Session, den Vorschriften der Verfassung gerecht werden zu können. Wir aber können auch dies Mal uns einer solchen Hoffnung nicht hingeben, denn wenn wir auch nicht aus so entscheidenden Gründen, wie im vorigen Jahre, behaupten können, daß er wiederum mit seinem Unterrichtsgesetz nicht zu Stande kommen werde, so ist doch mit der bloßen Erfüllung des Art. 26 noch keineswegs der Verfassung selbst Genüge geleistet. Denn diese hat u. A. auch einen Art. 20, der also lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Wenn der Herr Minister nicht aus einem Saulus ein Paulus wird, so wird er, trotz seines von uns wahrlich nicht bezweiferten realen Willens, doch dieser Vorschrift nun und nimmermehr gerecht zu werden verstehen. Ja, wir meinen sogar, mit dem Abgeordneten Schulze-Dehligsch, daß sein Gesetz nicht einmal den Absichten der Majorität des jetzigen, geschweige denn derjenigen Abgeordnetenhauses entsprechen wird, das, wenn das Volk seine Pflicht thut, aus den Wahlen des nächsten Herbstes hervorgehen muß. Könnte es eine noch zuverlässigere Prophezeiung geben, als diese, so wäre es sicherlich die desselben Mitgliebes der liberalen Opposition, daß jedes von einem liberalen Abgeordnetenhaus angenommene, mithin dem Grundsatze, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sei, entsprechende, Unterrichtsgesetz an dem Widerspruche des Herrenhauses unfehlbar scheitern werde.

### Die Ueberschwemmung in Schkölen.

In No. 908 dies. Ztg. berichteten wir bereits von den verheerenden Wirkungen eines Wolkenbruchs, welcher sich am 13. Mai über dem Städtchen Schkölen, zwischen Naumburg und Zeitz, entlud.

Aus den ausführlichen Berichten des dortigen Unterstützungs-Comités stellen wir folgendes Thatsächliche zusammen:

„Die Stadt Schkölen zählt an 2000 Einwohner, deren Mehrzahl arm ist. Ein Theil der Stadt, die alte Stadt, liegt in einem von Westen nach Osten zwischen drei Hügelketten sich hinziehenden Thale. Innerhalb desselben, im Westen vor der Stadt, entlud sich Abends gegen 6 Uhr, am 13. Mai, der entsetzliche, mit Hagelschlag verbundene Wolkenbruch, dem weit über eine Stunde noch dicht herabströmender Regen nachfolgte. Die Wassermassen drangen in drei Stromarmen vorwärts. Innerhalb weniger Minuten flutete das mit vielem Schlamm vermengte Wasser 4—5 Ellen hoch durch die Wohnungen, zertrümmerte Fenster und Hausthüren und gelangte so im Thale zu dem Sammelplatze der Flut. Durch dieses schnelle, hohe und reizende Eindringen der Flut wurde vieles Vieh getödtet und Menschen aus dem Wohnzimmer durch die Fenster fortgerissen oder in dem Schlamm der schnell sinkenden Gebäude begraben. Keiner von den 9 Todten wurde von dem Unwetter im Freien überfallen. Was sich in den betroffenen Gebäuden an Vieh und Sachen fand, wurde meistens von der Flut mit fortgeschwemmt: Wäsche, schwere Wäschrollen, große Eisenstangen, 5 Centner schwere Fässer, Bienenstöcke, Bie-

In der betreffenden Rede vom 17. Mai entsagt daher Schulze jeder Hoffnung auf ein heilbringendes, wahrhaft verfassungsmäßiges Unterrichtsgesetz, so lange noch das jetzige Unterrichtsministerium und das jetzige Herrenhaus in unserem Staate existiren. Der künftigen Volksvertretung, sagt er, bleibt kein anderer Weg offen, als das von dem jetzigen Abgeordnetenhaus Versäumte nachzuholen oder, wie wir, die Herr Simon nicht zur Ordnung rufen kann, sagen würden, den unverzeihlichen Fehler desselben dadurch wieder gut zu machen, daß sie die Regulative von 1854 und, der unbestreitbar richtigen Behauptung des Abg. Tschow gemäß, auch die Raumer'schen Verordnungen über die Gymnasien von 1856 und die Bethmann-Hollweg'schen über die Realschulen von 1859 für ungesetlich und verfassungswidrig erklärt, und mit aller ihrer Kraft auf „Wiederherstellung des früheren allein verfassungsmäßigen Zustandes“ besteht. Der „allein verfassungsmäßige Zustand“ ist aber der, den die Verfassung vom 5. Dezember 1848 vorsand, nur modificirt durch diejenigen ihrer Bestimmungen, die sofort ohne Erlaß eines besonderen Unterrichtsgesetzes in Kraft treten konnten und darum schlechterdings in Kraft treten mußten. Diese Modifikationen waren durch den Art. 108 (jetzt 109) eben so positiv geboten, wie diejenigen Modifikationen, welche Herr v. Raumer und sein „liberaler“ Nachfolger in den Jahren 1854, 1856 und 1859 eingeführt haben, durch den Art. 112 der Verfassung von 1850 positiv verboten waren.

Der Herr Minister tröstet sich freilich damit, daß die Verfassungsmäßigkeit wenigstens der Regulative in der vorigen Session durch einen „endgiltigen Beschluß“ des Abgeordnetenhauses festgestellt sei. Der Herr Minister hat vergessen, wie er selbst am 10. Mai v. J. erklärte, daß es „keine Gesetze, welche die Natur der Dinge und der Grundgesetze des Denkens, das Gesetz der Identität und des Widerspruchs, aufheben“, daß es also auch keine Kammerbeschlüsse giebt, die verfassungswidrige Ministerial-Rescripte zu verfassungsmäßigen machen können. Doch es ist nicht ein bloß logischer, es ist auch ein staatsrechtlicher Schnitzer, den der gelehrte Jurist an der Spitze der Unterrichtsverwaltung begangen hat; denn das Abgeordnetenhaus ist sogar an seine eigenen Beschlüsse nur für eine einzige Session gebunden. Daß aber gar ein neues Abgeordnetenhaus — und nur von dem neuen hat Herr Schulze gesprochen — an die Beschlüsse eines früheren Hauses auch nur moralisch, geschweige denn juristisch gebunden sein sollte, es sei denn ein Beschluß, der durch die Zustimmung der beiden andern Factoren der Gesetzgebung zum Gesetze geworden, und dann freilich auch nur mit ihrer Zustimmung wieder aufgehoben werden kann: diese Theorie ist doch eine so wunderbare, daß Herr v. Bethmann-Hollweg bei näherer Ueberlegung sich hoffentlich selbst schon von ihr losgesagt haben wird.

Indes ist es nicht bloß die rechtliche Seite der Sache, um deren willen wir die betreffenden Debatten des Abgeordnetenhauses an dieser Stelle besprechen. Vielmehr sind wir mit der „Kreuzzeitung“ der Meinung, daß die Zukunft ihrer Partei (sie selbst sagt freilich „des Vaterlandes“), von dem unerschütterten Fortbestande der Regulative abhängt. Und darum stimmen wir auch dem Abg. Schulze aus voller Seele darin bei, daß die Reaction auf keinem Gebiete mit einer festeren Beharrlichkeit bekämpft werden müsse, als gerade auf dem der Schule; denn hier ist es, sagt er, wo sie „den Menschengesitt an seiner Quelle faßt“. Die Folgen einer bloß politischen Reaction sind „verhältnismäßig leicht“ auszuliegen. Aber hat dieselbe auch das Gebiet der Schule eine längere Zeit in ihren Händen gehabt, dann sind auch die politischen Folgen ihres Regiments nur äußerst langsam, nur durch vieljährige mühevollen Anstrengungen

nenhäuser, allerhand Wirtschaftsgeräthe, Nahrungsmittel, Gartenstake, Haus- und Ladenthüren.

Das zusammengeströmte Wasser, die genannten Gegenstände mit den Balken und Steinen der eingerissenen Gebäude in sich und auf sich tragend, überflutete den großen, weiten, an einem Marktplatz der Stadt gelegenen Garten, entwurzelte hier alte, tiefgewurzelte Obstbäume und schleuderte dieselben große Strecken weiter, andere brach es zusammen, und an diesen blieben die verschiedensten Sachen hängen, welche sich an gewissen Stellen zu hohen unübersteiglichen Barrikaden aufstürzten; ziemlich eine Viertelstunde lang und an 500 Schritte breit, zog in dieser Weise der Gesamtstrom seine grauenvolle Bahn, bis er sich unterhalb der Stadt an der ersten Mühle wieder theilte und hier das Mühlengebäude so demolirte, daß das große Mühlenrad zusammenknickte und Wirtschafts Gebäude zusammenstürzten, unter deren Trümmern eine Magd ihren Tod fand. Der Strom hatte nun ein weites Feld erreicht, auf dem er sich ausbreiten konnte. Seine Wellen, die nun minder hoch schlugen, hatten an Kraft verloren und verschlammten nur noch die Flur, bis sie eine Stunde später wieder durch das engere Terrain zusammengedrückt wurden und in den Dörfern Seißlitz, Utenbach, Lauernitz und Großgestwitz den vorherbeschriebenen ähnliche Verheerungen anrichteten.

Schließlich ein kurzer Ueberblick der amtlich festgestellten ruinierten und beschädigten Gebäude, nebst ertrunkenem Vieh. Ganz armen Leuten gehörig sind 5 Wohnhäuser, 5 Scheunen und 16 Ställe total niedrigerissen und 14 Gebäude schwer und 5 leichter beschädigt worden. Ueber die Gebäude der in besseren Verhältnissen sich Befindenden folgender Nachweis: 16 Gebäude verschie-

wieder gut zu machen. „Die liberale Partei“, so schließt Schulze seine Rede, „weiß es, daß die Zustände, die sie politisch erstrebt, wesentlich dadurch bedingt sind, daß für die lebendigere Bethätigung an dem Staatsleben und für ein größeres Maß von bürgerlicher Freiheit ein gebildetes Volk da sein muß, daß wir demnach die Ansprüche an die Volksbildung nicht herunterzuschrauben, sondern zu steigern haben.“

Diese Wichtigkeit der Sache macht es uns zur Pflicht, noch in einem folgenden Artikel ein anderes wesentliches Moment der betreffenden Debatte zu besprechen.

### Deutschland.

\* Berlin, 26. Mai. Der „Deutschen Allg. Z.“ wird von hier geschrieben: „Wie man sich erzählt, soll der König trotz allen Drängens des Ministeriums sich nicht zur Entlassung des Polizeipräsidenten Herrn v. Zedlitz entschließen können, weil die Entlassung desselben gerade im gegenwärtigen Moment ein Zeichen von Schwäche seitens der Regierung wäre, das man um so mehr vermeiden müsse, als dadurch die durch die schlechte Presse aufgewiegten Massen nur noch unverschämter in ihren Forderungen werden könnten.“

In der letzten geheimen, unter proklamirter Amtsverschwiegenheit abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung soll der Vorsitzende Lüttig den Stadtverordneten eine Mittheilung über eine Audienz gemacht haben, welche der Oberbürgermeister Krausnick und er, der Stadtverordnete, Vorsteher, vor einigen Tagen bei dem Minister des Innern, Graf von Schwerin, gehabt hatten. Die Audienz hat den Zweck gehabt, dem Minister des Innern die Gefahren zu schildern, welche nach den in den jüngsten Tagen stattgehabten Demonstrationen gegen den Polizei-Präsidenten durch eine derartige Abschwächung der polizeilichen Autorität für die Stadt Berlin zu besorgen seien, um damit die Nothwendigkeit darzulegen, durch Beseitigung derartiger Zustände und durch eine Wiederkräftigung der polizeilichen Autorität diese Gefahren von der Stadt abzuwenden, wobei aber die Entschliegung über die diesbezüglich einzuschlagenden Mittel und Wege der Weisheit und dem Ermessen des Ministers unterbreitet wurde. Die Versammlung soll ihr Einverständnis mit dem Schritte des Oberbürgermeisters und ihres Vorstehers ausgesprochen und dem letztern für sein angemessenes Verhalten bei dieser Gelegenheit durch Erhebung von den Eigen ihren Dank votirt haben. — Es kam ferner zum Vortrag eine Petition eines gewissen Rudolph, in welcher für den jetzt in London sich aufhaltenden Literaten Eichhof eine Remuneration aus städtischen Mitteln als Anerkennung der Verdienste, die er sich durch seine Zeitungs-Artikel und Broschüren um die Stadt Berlin erworben, beantragt wird. Die Versammlung soll es schon deshalb für unangemessen erachtet haben, auf dieses Gesuch näher einzugehen, weil der Petent nicht einmal seinen Namen und seine Wohnung angegeben hatte.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt wie folgt: „Im Abgeordnetenhaus liegt die Verathung der Militär-Vorlagen länger als sich erwarten, als geglaubt wurde. Mögen die Behinderungsgründe auch in inneren Geschäftsgänge des Hauses zu suchen sein, so charakterisirt es doch die öffentliche Stimmung, daß Unglaubliches von Unterhandlungen erzählt wird, die in dieser Zwischenzeit von dem Ministerium mit einzelnen Abgeordneten, namentlich mit Herrn v. Vinde, angeknüpft sein sollen, um dort den Widerstand zu beseitigen. Insbesondere wird behauptet, daß durch diese besondern und gleichwohl oppositionellen Abgeordneten Concessionen verlangt worden seien, die ganz außerhalb des militairischen Gebietes liegen, sich aber auf Fragen erstrecken, die recht eigentlich Gegenstände der öffentlichen Verwaltung sind. Um

bener Gattung, darunter eine Kaufmanns-Niederlage, sind total ruiniert, 10 andere schwer und noch andere leicht beschädigt, darunter sind die Dammühle und eine Rittergutscheune nicht mit inbegriffen. An Vieh sind über 20 Ziegen, 18 Kühe und Kälber, 25 Schweine, 3 Pferde und viele Gänse und Hühner ertrunken. Ein Drittheil der Fl.-flur ist schwer beschädigt und der Rest vorzüglich durch den Hagelschlag ganz vernichtet. Den Verlust auf den Feldern und an Feldfrüchten nicht mitgerechnet, übersteigt die Höhe des Verlustes innerhalb der Stadt 100,000 Thlr.; dabei 10,000 Thlr. Verlust der Kaufleute an fortgeschwemmten und total ruinierten Kaufmannswaaren.“

— Zu Dantes Jubiläum (27. Mai 1865) wird in Florenz ein Tempel auf der Esplanade des Fort Belvedere, welches die Boboli-Gärten überragt, errichtet und durch eine Prachtstraße mit dem Ponte Vecchio verbunden werden. Der große Dichter wird von der Höhe, die er „il dilettoso monte“ nennt, seine Vaterstadt überschauen. Zu demselben Tage erscheint eine National-Ausgabe von Dantes Werken, für deren Veranstaltung bereits eine Commission arbeitet.

— An der Meß-Thionviller Eisenbahn, zwischen Devantles-Ponts und Mezières, stürzte am zweiten Pfingst-Festtage, als der Zug mit voller Kraft dahinlief, ein fünfjähriges Mädchen durch die sich plötzlich öffnende Wagenthür aus dem Coupé. Der Schrecken und die Verzeiwung der Eltern war unbeschreiblich. Auf der Station Mezières aber, wo der Zug endlich hielt, war bereits ein Telegramm des Bahnwärters eingetroffen, daß das Kind — keinen Schaden genommen habe!

es mit dürren Worten zu bezeichnen, wird vielfach erzählt und behauptet, daß Personal-Veränderungen — und zwar nicht bloß innerhalb der Militärverwaltung, sondern innerhalb des Ressorts des Innern — verlangt worden seien, um eine günstigere Stimmung für die Militärvorlagen eintreten zu lassen.

Die tumultuarischen Demonstrationen auf dem Mollenmarkt haben sich am Donnerstag und Freitag Abend wiederholt. Am Donnerstag war der dort versammelte Haufen weniger stark und sehr bald durch anrückende Schutzmänner zerstreut; Freitag Abend 10 Uhr war aber der Mollenmarkt urplötzlich mit einer dichten Menschenmenge bedeckt, welche einen fürchtbaren Lärm machte und aus welcher namentlich der Ruf ertönte: „Fort mit Berlin!“ Doch gelang es der Schutzmanschafft, die Menge ohne Waffengebrauch zu zerstreuen; mehrere der Ruhestörer sind verhaftet worden.

\* Hr. Dr. v. Zander und 21 Mitglieder des Herrenhauses tragen darauf an, daß nach dem Schluß der allgemeinen Discussion über das Handelsgesetzbuch, über die Annahme desselben, ohne weitere Berathung im Ganzen abgestimmt werde.

Nach einer telegraphischen Depesche der „Hamb. Nachr.“ hat Hannover den 15. Juni für die Konferenz über den Stader Zoll vorerst vertraulich bezeichnet und die Zustimmung Englands vorbehalten. Nach erfolgter Zustimmung Englands soll dann die offizielle Einladung erfolgen.

Der offizielle Correspondent der „Allg. Ztg.“ schreibt wieder einmal: „In Betreff der hiesigen Polizeiverhältnisse cursiren in der Berliner und auswärtigen Presse verschiedene Nachrichten, die in ihren Details entweder ungenau oder gänzlich unrichtig sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die erwartete Lösung binnen Kurzem erfolgen wird; doch wird es gut sein, bis dahin alle ins Einzelne darüber eingehenden Mittheilungen mit großer Vorsicht aufzunehmen.“

(H. N.) Eine neue Note Thouvenels, die gegen Mitte dieses Monats erlassen wurde, befürwortete die Einsetzung eines Eingebornen als Gouverneur im Libanon, da dies ein altes Privilegium des Libanon sei und seine Verletzung neue Unruhen hervorrufen könnte.

Das „Prß. Volksbl.“ meldet: „Im Gefolge Sr. Maj. des Königs beim Besuch der landwirtschaftlichen Ausstellung befanden sich u. A. auch die Präsidenten der beiden Häuser des Landtages; in allerhöchster Nähe des Königs bemerkte man den Kgl. Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Zedlitz.“

Zu dem zweiten Bericht der XII. Commission des Abgeordnetenhauses über den Etat der Militärverwaltung für 1861 hat der Abgeordnete Kühne (Berlin) den Abänderungsvorschlag eingebracht: „Das Haus wolle beschließen: 1) nach dem Schluß der General- und Special-Discussion über die Anträge der Commission unter den Nummern III., IV., V., VI., VIII., IX., X., XII., XIII. und XIV. mittelst einer Gesamt-Abstimmung sich zu entscheiden; 2) zu diesem Behufe a) zunächst die Bewilligung der Gesamtsumme des aus dem von der königlichen Staatsregierung vorgelegten Etats sich ergebenden Bedarfs für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft des Heeres an wiederkehrenden und einmaligen Ausgaben mit 4,882,025 Thlr.; b) eventuell statt deren die Bewilligung einer Summe von 4,132,025 Thlr. zur Abstimmung zu bringen; 3) für den Fall der Annahme des eventuellen Antrags (zu b) der königlichen Staatsregierung zu überlassen, die in dem Etat aufgenommene Ausgabe von 750,000 Thlr. zu ermäßigen und dadurch auf den bewilligten Gesamtbetrag zurückzuführen.“ Zu demselben Bericht haben die Abgeordneten v. Zettau, v. Oriolla und Genossen das Amendement eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) die Ausgaben für die Reorganisation der Armee im gewöhnlichen Budget, nach der Vorlage der Regierung, theils im Ordinarium, theils im Extraordinarium zu bewilligen, 2) eventuell nach Ablehnung des vorstehenden Antrags den Titel Seite 15 der Beilage B. zu Nr. 200 in folgender Art abzuändern: Ausgabe der Militärverwaltung pro 1861 zur Reorganisation der Armee.“

Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält eine allgemeine Verfügung des Justizministers vom 21. v. M., wodurch unter Zurücknahme einer früheren Anordnung vom 10. Juli 1857 sämtliche Obergerichte angewiesen werden, Rechtskandidaten jüdischer Religion zur Prüfung für die Auscultatur und zur demnächstigen Beschäftigung bei den Gerichten wieder zuzulassen; ferner ein Erkenntnis des Obergerichts, worin ausgeführt wird, daß der zum Verurtheilten einer strafbaren Handlung erforderliche Vorfuß dadurch nicht ausgeschlossen wird, wenn der Angeklagte sich hinsichtlich des gebrauchten Mittels in einem Irrthum befindet, sofern nur das Mittel zur Erreichung des beabsichtigten Erfolges an sich geeignet ist.

Ueber die Vorfälle vom 19. Mai wird der „Elb. Ztg.“ nachträglich geschrieben: „Die Auftritte auf dem Schützenplatze beschäftigten die ganze Stadt. Das Auffallende war, daß, als sich die in Schlägerei mit einander begriffenen Soldaten und Civilisten von reitenden Schutzmanschaffen angegriffen sahen, sie sofort gemeinschaftliche Sache gegen die Polizei machten, worauf auf telegraphischem Wege sofort die gesamte reitende Schutzmanschafft requirirt wurde und erschien. Der Kampf war heftig und hielt lange an. Erst spät Abends gelang die Säuberung des Platzes, und auch dann noch zogen große Scharen nach dem Mollenmarke, wo der Polizeipräsident wohnt. Daß auf dem Schützenplatze mehrere schwere Verwundungen vorgekommen sind, steht fest; was darüber hinaus geht, wird für Uebertreibung der Fama zu halten sein, bis es sich bestätigt.“

Das „Prß. Volksbl.“ schreibt: Dem Vernehmen nach haben die Würzburger Regierungen die Absicht, am Bunde, unabhängig von den bereits schwebenden Verhandlungen über die Küstenverteidigung im Allgemeinen, mit einem Antrage hervorzutreten, welcher auf die schleunigste Aufstellung einer deutschen Kanonenbootsflotte dringt.

Nach der „Bresl. Ztg.“ wird Hr. Lothar Bucher dauernd seinen Wohnsitz in Berlin nehmen, und zu dem Ende im Sommer von London nach Deutschland herüberzuziehen.

Die Broschüre „Aus dem Berliner Polizei-Präsidium“ ist nach dem „Pr. V.-Bl.“ polizeilich in Beschlag genommen worden.

Der Kölner Courierzug, welcher gestern Morgens 7½ Uhr hier eintreffen sollte, ist in der Gegend von Gütersloh entgleist, und konnten die Fahrgäste, die Postkutschen etc. erst wieder befördert werden, nachdem ein neuer Train zusammengestellt war. Die Verwaltung der Braunschweigischen Bahn hatte sofort von Braunschweig aus einen Extra-Courierzug abgelassen, der auch heute Morgen rechtzeitig hier anlangte. Der Zug war, wie es heißt, in Folge einer falsch gestellten Weiche aus den Schienen gegangen, wobei die Locomotive und Personenvagen stark beschädigt und der Gepädwagen fast zertrümmert ward. Der Locomotivführer erlitt einen Rippenbruch, der Badmeister, welcher sich glücklicherweise nicht im Padwagen, sondern in einem Personenvagen befand, erhielt eine leichte Quetschung an der Brust. Die Fahrgäste langten gestern Mittags 12 Uhr hier an. Diejenigen Personen, welche bei dem Unglücksfall schwere Verletzungen davongetragen haben, darunter eine Dame, der Maschinenführer, der Feuermann, der Badmeister etc. blieben einwöchentlich zurück. Die meisten Verwundungen der Fahrgäste sind glücklicherweise nur leichter Natur. Arg zugerichtet sind die Locomotive und einige Waggons, darunter auch der Gepädwagen, da der Train in Folge der falschen Weichenstellung gegen Güterwagen angekratzt war.

Der größte prämirte Mastochse der Ausstellung, 2345 Pfund wiegend, jährlich, von C. Köppen in Bierzen ausgestellt, ist von dem Schlächter M. Geißler angekauft worden und wird geschlachtet.

Stettin, 25. Mai. (Off. Z.) Heute Mittag sind auf der Silberwiefe 5 mit Getreide beladene Waggons von dem ankommenden Stargarder Personenzuge in die Oder geschoben. Ein sechster Wagon blieb am Ufer hängen. Der Zusammenstoß wurde dadurch herbeigeführt, daß die Stellung der Weichen verkehrt war und muß es als Glück betrachtet werden, daß durch diesen dort zufällig stehenden Güterzug das Herabrollen des ganzen Personenzuges in die Oder verhindert wurde.

Nach einer brieflichen Mittheilung des sich jetzt in Berlin auf-

haltenden hiesigen Oberbürgermeisters beabsichtigen Sr. Majestät der König nicht in diesem Jahre Stettin zu besuchen.

Königswinter, 22. Mai. Die Hauptversammlung der westdeutschen Stenographen fand hier am Stolz-Tage, den 20. Mai, unter lebhafter Theilnahme statt. An 18 neuen Orten in Rheinland und Westfalen hat die neue Schrift Stolz im letzten Vereinsjahr Fuß gefaßt; es wurden 122 neue Stenographen ausgebildet.

Röthen, 22. Mai. Gestern ist hier die zwölfte deutsche Lehrerversammlung zusammengetreten. Es haben sich zu derselben 200 Lehrer aus allen deutschen Staaten eingefunden. Unter den Fragen, welche das Programm bilden, ist hervorzuheben: Was kann die Schule zur Beförderung des Gemeinnes thun?

Karlruhe, 22. Mai. Die Bader Regierung trennt sich in erfreulicher Weise immer mehr von der Politik der sogenannten Würzburger. Das offizielle Organ der Regierung bringt heute einen Leitartikel über den „neuen Tag zu Würzburg“, in welchem es die Bestrebungen der Würzburger entschieden mißbilligt.

Stuttgart, 23. Mai. Zwischen dem Eigentümer und der Redaction des „Beobachter“ einerseits und dem geschäftsführenden Comité der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins andererseits ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der „Beobachter“ fortan den Mittheilungen aus dem und über den Nationalverein seine Spalten öffnen und eine eigene Rubrik widmen wird.

Aus Wien, 24. Mai schreibt man der „Schl. Ztg.“: In Lecco am gleichnamigen See in der Lombardie soll es nach telegraphischen Berichten zu einem blutigen Conflict der Einwohnerschaft mit der piemontesischen Garnison gekommen sein, in Folge dessen bedeutende militärische Verstärkungen hätten herbeigezogen werden müssen. Der Kampf soll noch gestern Abend fortgedauert haben.

Wien, 22. Mai. Die Kaiserin, die gestern Nachmittags glücklich hier angekommen ist, ist der längere Aufenthalt in Madeira außerordentlich wohl bekommen, und die hohe Frau erfreut sich eines wirklich blühenden Aussehens. Ueber den Zeitpunkt der Abreise Ihrer Majestät nach Bad Ems zum Gebrauche einer Nachkur ist bis jetzt noch nichts festgesetzt.

### England.

London, 24. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord John Russell als Antwort auf eine Interpellation Griffiths, die Regierung wisse nichts von österreichischen Truppenmärschen nach Ungarn. Auch habe er leghin keineswegs die Partei Oesterreichs gegen Ungarn ergriffen. Auf eine Interpellation Scullys entgegnete Lord Palmerston, die Antwort auf die letzte, die Macdonald-Angelegenheit betreffende Note des Hrn. v. Schleinitz befände sich auf dem Wege nach Berlin und werde nächstens veröffentlicht werden.

London, 24. Mai. Die „Times“ glaubt — und wohl mit Recht —, daß die neulich erlassene königliche Neutralitäts-Proklamation wenig dazu beitragen werde, englische Matrosen davon abzuhalten, auf amerikanischen Kaperschiffen Dienste zu nehmen. Der Versuchung, welche die Aussicht auf hohen Sold, auf Beute und auf Prisen gelde biete, sei so leicht nicht zu widerstehen. Und sei die Gefahr des Gesetzbrechens für den Uebertreter so groß? Wie wolle man einen Engländer von einem Amerikaner unterscheiden? „Die Regierung zu Washington“, fährt die „Times“ fort, „würde, wie uns bedünkt, in den größten Zorn gerathen, wenn die neutralen Staaten es sich einfallen ließen, den Vorschlag zu machen, man möge ihnen erlauben, sich an Bord der amerikanischen Kriegsschiffe zu begeben, sich dort ihre Unterthanen herauszufinden, sie nach Hause zu schleppen und daselbst den gegen die Anwerbungen für das Ausland gerichteten Gesetzen gemäß zu bestrafen. Eben so würde es die Regierung zu Montgomery nicht bulden, wenn ihr ihre Kreuzer anhalten und uns davon überzeugen wollten, daß keiner unter den an Bord befindlichen Matrosen ein Mann sei, welcher der Königin Victoria Unterthanenpflicht schulde.“ Uebrigens werde, wenn einen an Bord eines amerikanischen Kaperschiffes findenden Engländer die Strafe erteile, wenn er als Mörder oder Seeräuber gefaßt werde, die öffentliche Meinung in England wohl dahin lauten, daß dem Manne ganz Recht geschehen sei. Seien doch Leute, die sich auf solche Fahrten einließen, nichts weiter als Söldlinge und Gurgelabschneider.

„Daily News“ bezeichnet, ganz eben so wie die „Times“, die Rede Deats als das Ultimatum Ungarns, und rath dem Kaiser von Oesterreich, dasselbe anzunehmen und die Ungarn für sich zu gewinnen. In wenigen Wochen, wo nicht in wenigen Tagen, könnte es, wenn er übel beraten sei, zu spät sein.

In Wexham, nicht weit von Liverpool, kam es am Pfingstmontage zu einer furchtbaren Kauferei zwischen den Liverpooler Freiwilligen und den Miliz-Soldaten von Denbighshire. Fene, 200 an der Zahl, wurden von 3 oder 400 Milizmännern mit schweren Knütteln und Steinen angegriffen. Auf beiden Seiten gab es schwere Verwundungen. Zum Glück tragen die Leute kein Seitengewehr.

In Liverpool sollen mehrere Staaten ausgerüstet werden. Im Princes Dock in Liverpool ist es vorgestern zum ersten Male vorgekommen, daß ein amerikanisches Schiff die Flagge des neuen südlichen Bundes aufgesteckt hat.

In letzter Zeit sind wieder mehrere Vorereien tödlich abgelaufen. So endete auch am 22. v. M. ein Faustkampf bei Sheffield nach einstündiger Arbeit mit dem Tode des einen Kämpfers. Beide waren junge Leute von etwa 18 oder 20 Jahren. Der Preis war 1 Pf. St. 1. Der Sieger, Holland mit Namen, entwichte mit Hilfe seiner Freunde, wurde aber schließlich doch erwischt und wird wohl 1 oder 2 Jahre Gefängniß erhalten.

### Frankreich.

Paris, 24. Mai. Die vom Prinzen Murat für heute decretirte Versammlung fand nicht statt. Als die Mitglieder sich nach der Loge begeben wollten, fanden sie das Thor verschlossen. Folgendes mit dem Siegel des General-Secretärs des Großen Orients versehenes Placat war an demselben angeheftet:

Durch Beschluß des Polizei-Präfecten sind alle Zusammenkünfte des Großen Orients suspendirt. Die Versammlung des Großen Orients ist auf den Monat October verlegt. Alle Logen werden benachrichtigt werden. Beglaubigt: Thevenot.

Die ganze Angelegenheit erregt natürlich ungewöhnliche Sensation. Abgesehen von Allem, ist der Streit zwischen den beiden Mitgliedern der kaiserlichen Familie schon geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit in höchste Spannung zu versetzen.

Nach der „Patrie“ ist die Lage im russischen Reich sehr ernst. Die Bauern haben ihre Emancipation etwas zu ernst aufgenommen, ihre Gutsbesitzer und ihre Beamten zu Gefangenen gemacht und haben sie mit fortgeschleppt. Eine Masse Dörfer soll verlassen sein. Die Unterdrückung erheische eine große Anzahl Truppen; selbst die kaiserliche Garde würde zu dieser Unterdrückung verwendet.

Der Preis der telegraphischen Depeschen für das Innere Frankreichs soll reducirt werden auf einen Franken bei Depeschen von einem Departement in das benachbarte, und auf zwei Franken nach jedem beliebigen Punkte in Frankreich. Dem Staatsrathe liegt das betreffende Project zur Begutachtung vor.

Man bereitet gegenwärtig im Ministerium des Innern einen Bericht an den Kaiser vor, um ihm die Nothwendigkeit einer baldigen Auflösung des gesetzgebenden Körpers darzutun.

Die Differenz zwischen Prinz Napoleon und Prinz Murat ist noch nicht beigelegt, wenn auch das Duell, welches zwischen Beiden verabredet war, auf höheren Befehl unterbleibt. Prinz Murat protestirt entschieden gegen jeden Wahlact der von ihm vorher aufgelösten Versammlung. Er soll in diesem Sinne ein auf verschiedenes Paragraphen der Statuten des Grand Orient sich stützendes Document erlassen haben. Inzwischen haben die Delegirten eine zweite Wahl vorgenommen, in der Prinz Napoleon beinahe einstimmig zum Großmeister ernannt wurde.

Die französische Regierung hat das schon öfters angelegte Project, den Isthmus von Suez als neutrales Gebiet zu erklären, bei der englischen Regierung offiziell proponirt. Russell-Palmerston beizien sich, es — absolut abzuweisen.

Der „Moniteur“ bestätigt heute, daß das Mittelmeer-Geschwader von Doulon nach Beyrut abgegangen ist, begleitet von einer ziemlich großen Zahl von Transportschiffen, welche die Truppen des Expeditionscorps nach Frankreich und Algerien zurückbringen sollen, worauf der größere Theil des Geschwaders an den Küsten Syriens Station nehmen wird, um nöthigenfalls den Christen wirksamen Schutz angedeihen zu lassen.

Die Flotten-Station bei den Antillen, deren Commando dem Contreadmiral Reynaud übertragen worden, wird, laut dem „Moniteur“, durch eine Fregatte, zwei Avisos und ein Kanonenboot verstärkt, da sich fortan ihre Aufmerksamkeit auch auf Nordamerika richten soll, dessen Fernwünsche der Kaiser bestimnt haben, „genügende Kräfte in jene Gegenden zu schicken, um die französischen Interessen zu schützen und ihnen Respekt zu verschaffen.“

In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wollte der Präsident ein ihm vom Staats-Minister zugestelltes kaiserliches Decret verlesen, aber schon bei den Eingangsworten „Napoleon von Gottes Gnaden etc.“ wurde es so laut im Saale, daß Ruhe geboten werden mußte. Das Decret betraf die Zurückziehung des am 21. März v. J. eingebrachten Gesetzesentwurfs über Aenderungen im Personalstande verschiedener Gerichtshöfe. Auf mehreren Bänken erscholl nach Verlesung des ersten Artikels lautes Gelächter, und Emile Olivier verlangte, daß dieser Ausbruch von Heiterkeit zu Protokoll genommen werde, worauf ihm der Präsident einfach bemerkt machte, die Stenographen seien da.

### Italien.

Turin, 22. Mai. Heute hat der Senat die Aushebung von 36,000 Mann im Neapolitanischen verfügt. Die Truppen des 3. Armeecorps haben bereits ihre Quartiere in der Umgegend von Ferrara bezogen. Die Werke dieses Platzes, eben so wie die von Comacchio, werden bedeutend verstärkt. Es ist dies die Antwort auf die Pläne Oesterreichs, Padua und Rovigo zu besetzen.

Die Ruhe ist in Mailand nicht weiter gestört worden, doch waren bis zum 24. Mai bereits an hundert Verhaftungen erfolgt. Die Haltung der Truppen, so wie der Nationalgarde und der größten Mehrzahl der Bürgerchaft bei diesen beklagenswerthen Vorgängen wird als ausgezeichnet gerühmt.

Am 17. Mai hat man in Castellamare, Abends, sieben Säcke voll Kupfermünzen, mit dem Bildnisse Franz II. von Bourbon, entdeckt und mit Beschlag belegt. Dieselben waren von Rom, auf der Bark eines gewissen Giovanni Darvo abgegangen, um den Händen Giuseppe Merinos übergeben zu werden.

Aus Mailand vom 21. Mai wird der „R. Z.“ geschrieben: „Wie Sie aus den italienischen Blättern werden entnommen haben, ist Rossuth seit zwei Tagen hier. Er wurde bei seiner Ankunft in Arcona durch eine populäre Ovation erfreut. Es ist dabei zu sehr begeisterten Kundgebungen gekommen, und namentlich wurde bemerkt, daß mehrere Geistliche dem ungarischen Führer die Hand küßten.“

### Rußland und Polen.

St. Petersburg, 21. Mai. (Schl. Z.) Das „Journal de St. Petersburg“ füllt heute seine Spalten fast ausschließlich mit den am 14. d. stattgehabten Debatten des französischen Senats über Syrien und verspricht die vom nächsten Tage mit der Villault'schen Rede, die es schon erhalten hat, morgen zu bringen. Es ist mit dem Resultat dieser Verhandlungen außerordentlich zufrieden und sagt namentlich über die Rede Villaults: „Was wir als Resultat der in dieser Rede gemachten Erklärungen bemerken müssen, ist, daß, wenn sich auch die Form des während dieser letzten Monate von Europa auf die asiatischen Christen ausgedehnten Schutzes verändert hat, doch der Schutz selbst für diese Unglücklichen nicht verloren ist, und am Tage der Gefahr die Hilfe, auf welche zu zählen sie ein Recht haben, ihnen von Seiten der Mächte, deren Sympathie ihnen seit langer Zeit erworben ist, nicht fehlen wird.“ Wenn die Haltung des offiziellen Organs des Ministeriums des Auswärtigen für die des Füllen Ortshakoff wirklich maßgebend ist, so wäre also ein enges Zusammengehen Rußlands und Frankreichs, dessen Spitze sich gegen England kehrt, in der syrischen Frage zu erwarten.

Das Eis auf der Nema hat sich gestern in Folge eines Südwest-Westwindes nochmals und stärker als vorher, namentlich auf der Nema-Barre, gestellt, so daß die Dampfschiffs-Verbindung mit Kronstadt vollkommen unterbrochen ist, und nach telegraphischen Berichten aus Schlüsselburg sollen noch beträchtliche Eismassen im Ladoga-See sein. Der vorgestrigte Eisgang hat übrigens einen sehr bedeutenden Schaden angerichtet, dessen vollständigen Umfang man jedoch noch nicht kennt. Am Quai von Wassili-Dostrow sind die Landungsplätze dreier Schiffsfahrtscompagnien schwer beschädigt, der der Nigaer Gesellschaft fast ganz vernichtet worden, und das Zusammenstürzen unter dem Druck des Eises soll einem Mollfeuer gleichlichen sein. Bei der Alexander-Newski-Lavra soll auch eine Anzahl Getreidebahren untergegangen sein.

Die „R. Z.“ meldet aus Petersburg: Hr. v. Butow, der an der Spitze der Bauern-Regierung fungirt, unterbreitete vor einiger Zeit einen Aufsatz, der die Bauernfrage erörterte und in einer Zeitung veröffentlicht werden sollte, dem Kaiser, der eigenhändig einige Correcturen hinzusetzte, worauf dann dem eigentlichen Verfasser eröffnet wurde, daß der Veröffentlichung nichts im Wege stehe. Der Artikel kommt nun in die Hände des Redacteur eines unserer gelesesten Blätter, der ihn pflichtmäßig dem Censor für die innere Angelegenheit übergibt. Dieser aber in übergroßer Vorsicht verarbeitend den Artikel dergestalt, daß der Redacteur die Aufnahme der verstümmelten Arbeit für unmöglich erklärt. Als nun der Artikel in geramer Zeit nicht erscheint, erkundigt sich endlich der Kaiser nach dem Grunde und erfährt, daß seine Allerhöchste eigenen Zufolge von dem Censurbeamten beanstandet worden seien, worauf Sr. Majestät gerubten, den Chef des Censurbureaus zu fragen, ob derselbe viele solche Einfaltspinsel in seinem Ressort habe.

Warschau, 22. Mai. (Schl. Z.) Die heutigen Blätter bringen ein äußerst wichtiges Gesetz, welches eine der brennendsten Fragen des Landes zu entscheiden bestimmt ist: einen vom 16. v. M. aus Zarstoke Sefo datirten Uas Sr. Maj. über die Aufhebung der Robotpflicht vom 1. October v. J. an. Im Eingange heißt es, daß die Frohndienst in jeder Beziehung als inconvenient erweise, und daß das Gesetz bezwecke, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche den Fortschritt der Verzinzung hemmen. Ueberall, wo der Frohndienst bisher nicht verzinzt ist, wird mit dem 1. October der gesetzmäßige Verkauf, d. h. die Ablösung eintreten. Für dieselbe ist das Königreich in 4 Bezirke eingetheilt, wovon die bevölkersten und wirtschaftlich am meisten entwickelten Kreise den ersten, die übrigen die nachfolgenden bilden, so daß die

Umgebung unserer Stadt, die Kreise Lowitz, Rawa und Leczyca, wo die Fabrikstädte liegen, und die Gegenden an der Posener Grenze die erste Abtheilung ausmachen, während die Kreise der vierten gegen Wolhynien und Galizien zu liegen. Nach diesen Abtheilungen nun schwankt die Ablösungssumme für einen Tag Handarbeit zwischen 12 und 7½ Koppen, Spanndienst mit 2 Stück Vieh 30 bis 20 Koppen, mit 4 Stück 45 bis 30 R. Diese Ablösungen haben bis zum Abschluss von Erbverzinsungsverträgen fortzubauen und präjudicieren in keiner Weise den Festsetzungen über die Höhe des Zinses. Die Kreisämter haben die Prästation zu berechnen und die Zahlung hat am 1. jedes Quartals pränumerando zu erfolgen. Bauern, welche von der angegebenen Ablösung nicht Gebrauch machen wollen, können bis zum Abschluss von Erbverzinsungsverträgen bei ihrer Robtopflicht verbleiben; haben sie dieselbe aber einmal vernachlässigt, so dürfen sie nur mit Erlaubnis der Gutbesitzer zu derselben zurückkehren. Robtopflichtige Bauern, die vor dem 1. Oct. ihre schuldigen Dienste verweigern, werden nicht bloß mit den gewöhnlichen Mitteln exquirt, sondern müssen noch außerdem für jeden schuldigen Arbeitstag nachbestimmte Geldbußen zahlen: in der ersten Abtheilung für Handdienst 18, für Spanndienst mit 2 Stück Vieh 45, mit 4 Stück 67½ Koppen, in der zweiten Abtheilung beziehungsweise 15, 40, 60 R., in der dritten 13½, 34, 52½ R., in der vierten 11, 30, 45 R. Dies sind die Grundzüge des ersten Reformgesetzes.

### Danzig, 27. Mai.

\* Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist der Dampfavis „Coreley“ von Constantinopel nach Belyut gegangen und bereits alda angekommen. Die „Coreley“ soll dort einige Zeit verbleiben.  
 \* Der zum Commandanten von Danzig ernannte General-Major v. Gersdorff ist bereits hier eingetroffen. Wie verlautet, soll Herr v. Gersdorff indess seinen Abschied nachgesucht haben.  
 - In Berliner Zeitungen ist davon die Rede, daß disponible wie indisponible preussische Offiziere bei der Regierung darum gekommen sind, ihnen zu gestatten, an dem nordamerikanischen Kriege Theil zu nehmen. So wünschenswerth es ist, daß unsere Offiziere im wirklichen Kriege Erfahrungen sammeln, so fragt sich doch für den Fall, daß unsere Regierung diesem Verlangen willfahrt und die besagten Offiziere in dem preussischen Unterthanenverbande verbleiben, ob durch ein solches Verfahren die von unserm Staate zu beobachtende Neutralität nicht verletzt wird. Wenn, wie es im spanisch-maroccanischen Feldzuge vorkam, ein preussischer Offizier an der Spitze eines spanischen Regiments Chargierte und Feind und Freund Achtung vor der Tapferkeit preussischer Soldaten erwirbt, so ist das für die Nation nur schmeichelhaft und unserm Vaterland können aus diesem Bruch der Neutralität keine üblen Folgen entstehen, indem ein Krieg mit Marokko nicht zu befürchten ist. — Anders verhält es sich mit Amerika. Da die Regierung der südlichen Staaten Kaperbriefe ausgestellt hat, liegt es in ihrer Macht, Repressalien zu üben und die zahlreichen preussischen Schiffe, welche sich jetzt auf dem Wege von und nach Amerika befinden, aufzubringen.

Es würde deshalb zur Beruhigung der vielen interessirenden Schifferherden dienen, wenn die preussische Regierung durch ihr amtliches Organ oder auf andere Weise öffentlich bekannt machte, wie sie sich den Vorstellungen der Offiziere gegenüber, falls solche wirklich erfolgt sind, zu verhalten beabsichtigt.

Gleichzeitig wäre es den hiesigen Rhedern wünschenswerth zu erfahren, ob von der preussischen Regierung mit den amerikanischen Staaten irgend welche Tractate geschlossen sind, die im Falle eines Krieges preussische Schiffe vor dem Anhalten und der Durchsuchung schützen — Uebereinkommen, wie sie zwischen Rußland und Peru einerseits und Amerika andererseits existiren sollen. Bekanntlich sind die vereinigten Staaten im Allgemeinen den Statuten der Pariser Conferenz, nach welchen die neutrale Flagge das feindliche Gut, mit Ausnahme von Kriegscontrebänden, schützt, nicht beigetreten.

\* Der von den freireligiösen Gemeinden Ost- und Westpreußens zum Besuche eingeladen Herr Prediger Baltzer aus Nordhausen hat gestern Vormittag vor der sehr zahlreich versammelten hiesigen Gemeinde im Gewerbehaufe gepredigt. Sein fast anderthalbstündiger Vortrag machte einen tiefen Eindruck. Des Nachmittags nahm ein großer Theil der Gemeinde an einem nach Jaschenthal arrangirten Spaziergange Theil; heute Abend 6 Uhr ist Gemeindeversammlung im Gewerbehaufe in Anwesenheit des Herrn Baltzer, morgen und übermorgen predigt derselbe in Königsberg.

\* Die in diesem Jahre in unserer Stadt und Umgebung sehr verbreiteten Blattern sind von größerer Ausdehnung gewesen, als dies eigentlich bekannt geworden ist. In dem Dorfe Odra ist die Podenkrankheit noch immer nicht gänzlich erloschen.

\* Ein sehr großartiges Begräbniß fand in der vorigen Woche in unserem nahegelegenen Wonneberg statt. Die dort in dem hohen Alter von 95 Jahren verstorbene Predigerwitwe Andrea wurde dort nämlich mit allen möglichen, eigentlich der Vergangenheit angehörenden, kirchlichen Formalitäten zur Ruhe bestattet, wozu, wie wir hören, von der Verstorbenen 1200 Thlr. bestimmt worden waren. Der Nachlaß soll die Summe von 150,000 Thln. noch übersteigen. Davon sind testamentarisch 2000 Thlr. der Kirche und ebensoviel zur Verbesserung der geringe dotirten Pfarrstelle zu Wonneberg von der Erblasserin ausgelegt worden. Außerdem sind noch eine Menge von andern Legaten für verschiedene Zwecke und Personen im Testamente bestimmt.

\* Das schöne Wetter, so wie die Wohnlichkeit, am Orlava-Sonntage einen Ausflug nach der ehemaligen Abtei oder mindestens doch nach Jaschenthal zu machen, hatte gestern ein zahlreiches Publikum ins Freie gelockt. In der Allee waagte es von Spaziergängern und einer Anzahl von Wagen aller Art. Der Andrang zu den Omnibusen war Nachmittag in der Stadt und Abends in Langfuhr so stark, daß der geringste Theil der Fahrlustigen seinen Wunsch nach einem Plätzchen befriedigt fand.

\* Morgen früh wird die zweite öffentliche Lindehalle Herrn Dr. Richter geöfnet werden. Dieselbe befindet sich vor der Suffer'schen Apotheke in der Langgasse.

\* Von heute ab ist auf 8 Tage wegen Erneuerung des Bohlwerts an der Mollau die Straße längs Schäferei bei der Milchmännbrücke für Fuhrwerke gesperrt.

1. Marienburg, 26. Mai. Vom 22. bis 25. d. M. fand im Stabliement des Herrn v. Massenbach ein Pferdemarkt statt. Im Ganzen wurden 50 Pferde zum Verkauf angemeldet, von denen 16 verkauft wurden. Der Handel wäre gewiß viel bedeutender gewesen, wenn nicht so viele Senaste zum Verkauf geschickt worden wären. Außerdem forderten die Verkäufer zu hohe Preise. Es wurden für 2 Pferde 120, für eins 80 und für zwei 70 Friedrichsd'or verlangt. Hr. v. Massenbach hatte für trockene, helle Ställe gesorgt, und außerdem bot die Reitbahn einen guten Platz zur Musterung der Pferde dar. Dieses Unternehmen des Herrn v. Massenbach, von Zeit zu Zeit einen Pferdemarkt in Marienburg abzuhalten, kann von bedeutendem Vortheil für die Bewohner unserer Vaterland werden. Wir wünschten nur, daß die Herren Besitzer, indem sie mehr als bisher sich mit der Zucht edler Pferde beschäftigen möchten, dieses Unternehmen unterstützten. Mehrere von den verkauftesten Pferden sind in der Reitschule des Herrn v. Massenbach zugeritten worden. — In der letzten Stadtvorordneten-Versammlung wurde an Stelle des von der Regierung zweimal nicht bestätigten Herrn Borjch, Herr Zimmermeister Thomajchly zum Rathsherrn gewählt.

Graudenz, 26. Mai. (G.) Das nächste Wanderverfest des Vereins westpr. Landwirthe wird am 2. Septbr. in Culm stattfinden. Für den Vormittag dieses Tages ist die Besichtigung und Prämierung der zur Schau zu stellenden Thiere, die Besichtigung der etwa eingeliferten Maschinen, so wie eine Discussion über allgemein interessante Fragen festgesetzt. Daran wird sich ein Festmahl und Abends 5 Uhr ein Pferderennen anschließen. Zu Prämien für Mutterstuten bauerlicher Besitzer sind 200 Thlr., für Kindvieh 120 Thlr., zu Arrangements 142 Thlr. ausgesetzt.

\* Graudenz, 2. Mai. Bei der vor 8 Tagen in Dragasch stattgefundenen Wahl des Deichhauptmanns für die nächsten 6 Jahre wurde der Hofbesitzer F. W. Richter zu Deutsch Westphalen gewählt. Königsberg, 26. Mai. (R. H. J.) Auf unserer Alverus-Universität studiren von Ostern bis Michaelis 1861 419 immatriculirte Studenten; von diesen gehören 123 der theologischen, 73 der juristischen, 114 der medizinischen und 109 der philosophischen Fakultät an.

\* Der Stadgerichtsrath Hardt aus Königsberg ist zum Rath bei dem ostpreussischen Tribunal ernannt worden.

\* Der bisherige Staatsanwaltsgehilfe, Gerichtsassessor v. Bisnard in Marienburg ist zum Staatsanwalt bei dem Kreisgericht in Cammin ernannt.

□ Thorn, 26. Mai. In der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Magistrat wegen folgender Angelegenheit interpellirt. Der Steuerfiskus besaß in der Mitte unserer Stadt ein Haus, das wegen Baufälligkeit vor zwei Jahren abgebrochen werden mußte und liegt der Platz seit jener Zeit als wüster Bauplatz. Da gegen Bürger die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Wiederbebauung solcher Plätze stets streng Seitens des Magistrats gehandhabt worden sind, wurde derselbe befragt, was er in dieser Angelegenheit gethan habe. Der Magistrats-Commissarius erwiderte zum allgemeinen Erstaunen der Stadtverordneten, daß er sowohl von der Regierung zu Marienwerder als auch vom Ministerium abschlägig beschieden sei und als er den Fiskus hätte gerichtlich verklagen wollen, ihm die Anstrengung der Klage Seitens der Marienwerder Regierung verboten und auf Appellation dieser Entscheidung vom Ministerium lediglich bestätigt sei. Diese Befähigungen von Regierungsdirektoren Seitens des Ministeriums des Innern ohne Angabe von Gründen sollen jetzt stereotyp sein. Schließlich habe der Magistrat in dieser Sache eine Petition an beide Häuser des Landtags gerichtet.

— Die Eröffnung der Eisenbahn am 1. September wird für Thorn ein großes denkwürdiges Ereigniß werden und wohl mit größeren Festlichkeiten verbunden sein. Die Commune beabsichtigt, den Straßen zu diesen Tagen ein möglichst schönes Neugez zu geben und gewährte über 5000 Thlr. zur Neupflasterung von 4 bis 7 Straßen und 4-5000 Thlr. zur Trottoirerlegung. Doch ist zu bedauern, daß die Trottoirsteine um jene Zeit erst hier eintreffen werden und daher nicht mehr werden vorher gelegt werden können.

Neumark (Kr. Lobau), 23. Mai. (G.) Auf dem heute unter dem Vorhitz des Herrn Ober-Regierungsraths Schaffrinski aus Marienwerder behufs Vollziehung der Wahl eines Landraths für den Lobauer Kreis abgehaltenen Kreis abgehaltenen Kreisstage erklärten die wahlberechtigten Rittergutsbesitzer, für den vorliegenden Fall auf die Ausübung ihres Wahlrechts Verzicht leisten zu wollen, weil zur Uebernahme der Landrathsstelle von den wählbaren Kreiseingewählten Niemand geneigt sei. Dagegen sprachen dieselben einstimmig den Wunsch aus, daß der bisherige interimistische Verwalter des Landrathsamtes, Regierungs-Assessor Koppatt, zum Landrath des Kreises ernannt werden möge.

\* Lauenburg, 25. Mai. Das 5jährige Töchterchen des Müllers Jexsen in Camelow (½ Meile von hier) wurde vorgestern von einer Ziege kurz vor der Schleiße in den Mühlenbach gestoßen und vom Wasser dem Mühlenrad zugetrieben. Der Vater sieht die Gefahr seines Kindes, springt rasch in den Bach und holt glücklichweise dasselbe unbeschädigt aus dem Wasser.

□ Aus Ostpreußen, 26. Mai. Ich schreibe nicht, weil ich Ihnen Thatfachen zu melden hätte. Wohl aber halte ich es für eine dringende Pflicht, nicht etwa dem zeitungslesenden Publikum — denn dieses ist auch ohne die Zeitungen davon unterrichtet — sondern der Regierung Kunde zu geben von der über alles Maß beklagenswerthen Stimmung, die alle Kreise der Gesellschaft gleichmäßig durchdringt. Es wäre höchst traurig, wenn unsere Minister wähen sollten, daß etwa nur die Berliner Bürgerschaft von ihrem Verhalten in der unseligen Polizeiangelegenheit in einem Tone spräche, den ich nicht näher zu bezeichnen nöthig habe. Nein, in jedem Winkel des Landes, in jedem kleinsten Dorfe hört man überall in demselben Tone das traurige Geschick des Vaterlandes beklagen, daß es auf diesem Wege von den wohlmeinendsten Händen offenbar dem inneren Verfalls und damit über kurz oder lang der fremden Herrschaft Preis gegeben werden muß. Denn Niemand betrachtet nach so vielen Antecedentien jenes Verhalten als einen bloß vereinzelten Mißgriff. Nein, überall sieht man in demselben nur das letzte und sprechendste Symptom einer Rathlosigkeit, dem bei der nächsten Gelegenheit, wo nur die besonnene, männliche Thatskraft, wo nur das Bewußtsein, die Kraft zur Erfüllung seiner staatsmännlichen Pflichten in sich zu tragen, den Staat zu erhalten vermag, nothwendiger Weise die Zügel entgleiten müssen. Man will der öffentlichen Meinung nicht nachgeben aus Furcht, schwach zu erscheinen, und weiß nicht, daß gerade diese Furcht ihren Ursprung nirgend anders hat, als in dem Gefühl einer wirklich vorhandenen. Wahrlich, nur dadurch, daß man aufhört, die Nachgiebigkeit gegen die Forderungen des Rechtes und der Nothwendigkeit als eine Schwäche zu betrachten, wird man zeigen, daß man noch Kraft besitzt.

Nemel, 26. Mai. (R. H. J.) Die Schifffahrt in unserm Hafen ist im Vergleich zu der vorjährigen bis zum heutigen Tage nicht unbedeutend lebhafter. — Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat sich an die Königl. Regierung um baldige Uebersehung des zu den Hafengebäuden bewilligten Staatszuschusses von 20,000 Thaler gewendet. Hier liegt nach den auch von jedem Laien gemachten Erfahrungen Gefahr im Verzuge; wird die rechte Zeit zu den Arbeiten versäumt, so müssen sie entweder ganz aufgegeben werden oder das Geld ist durch die Zerstörungen, welche die Witterung später herbeiführt, unnütz verschleudert.

## Handels - Zeitung.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 25. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco zu unveränderten Preisen rubig. Roggen loco unverändert, ab Königsberg Juni, Juli, August zu 77, 78, 79 vergebens ausgeben. Del Mai 24½

Oktober 25½-25¼. Kaffee ziemlich fester Markt, 1500 Sac Rio zu unveränderten Preisen umgelegt. Zint stille.

London, 25. Mai. Consols 91½. 1 % Spanier 43. Mexikaner 24. Sardinier 81¼. 5 % Russen 102. 4¼ Russen 91. Der Dampfer „Arabia“ ist aus New-York eingetroffen. London, 25. Mai. Nach dem neuesten Bantausweis beträgt der Notenumlauf 19,814,560, der Metallvorrath 11,925,101 £. Liverpool, 25. Mai. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Paris, 25. Mai. Schluß-Course: 3 % Rente 69,40. 4¼ % Rente 96,35. 3 % Spanier 43¾. 1 % Spanier 43¾. Oesterr. St.-Eisenbahn-Aktien 508. Oesterr. Credit-Aktien —. Credit mobilier - Aktien 707. Lomb. Eisenbahn-Akt. —.

Berlin, den 27. Mai 1861. Aufgegeben 2 Uhr 49 Minuten.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 33 Minuten.

	Lezt. Crs.	Neut. Crs.	Lezt. Crs.
Roggen fest, loco	46 1/2	46 3/8	98
„    „    „    „    „	46 1/8	46 1/8	84 1/2
„    „    „    „    „	48 1/4	48 1/2	85 1/4
Spiritus, loco	19 1/2	19	134 3/4
„    „    „    „    „	12 1/2	12 1/8	58
„    „    „    „    „	88 1/2	88 1/8	87 1/2
„    „    „    „    „	102 3/8	102 1/8	87 1/2
„    „    „    „    „	106 3/8	107	62 1/2
„    „    „    „    „			

### Producten-Märkte.

Danzig, den 27. Mai. Sahnpreise.  
 Weizen heller, fein- u. hochbunter, möglichst gesund 124/25 - 126/27 - 128/29 - 130/32 R nach Qualität von 88/90 - 91/92 - 94 97 - 100/110 Sp. ord. bunt, dunkel u. hellbunt, frank 117/19 - 121/22 - 123/24 R nach Qualität von 70/75 - 80/81 - 82 85 Sp.  
 Roggen schwerer u. leichter nach Qualität 57 - 52 1/2/50 Sp. pro 125 R.  
 Erbisen von 47 1/2 - 54 1/2 Sp., gute Koch- von 56 - 58 Sp.  
 Gerste kleine 97/100 - 102/3 - 104/7 R von 34 3/6 - 38/39 - 40 41 - 44 Sp., große 102/106 - 108/110/112 von 39/42 - 44 - 45 1/2 Sp.  
 Hafer von 23/24 - 30/32 Sp. nach Qualität.  
 Spiritus 20 R bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: seit gestern sehr schön und recht warm. Wind S.  
 Am heutigen Markte war für Weizen die Kauflust fast ganz geschwunden, dagegen zeigten Verkäufer sich sehr geneigt: es konnten jedoch bei der vorherrschend sehr lauen Stimmung nur 58 Lasten Weizen verkauft werden, und zwar 25 Lasten 125/68 bunt zu 510, 33 Lasten 130/18 bunt zu 590.  
 Roggen in guter Frage; 300 Lasten sind verkauft; 122 a zu 336, 124 R zu 340, 125 R zu 345, Alles pro 125 R.  
 Weiße Erbsen zu 315, 320, 325, 330, 348 nach Qualität.  
 103 a kleine Gerste zu 230, 108 a große zu 258.  
 Widen zu 252.  
 Für Spiritus ist am Sonnabend bei kleinen Partien 19, 20, und 20 1/2 bezahlt. Heute ist zu 20 bei Partie gekauft. Ueber See sind 10,000 Quart Spiritus zur Deckung von Lieferungs-Verträgen eingeführt.

### W o l l e .

Berlin, 25. Mai. (B. u. H. S.) In dieser Woche wurden im Ganzen ca. 800 Ue. russische Rüdenwolle verkauft; in anderen Wollen ging nichts um. Die Preise waren unverändert.  
 Unsere Speculanten halten sich von Contracten immer noch fern; es wurden nur wenige Abschlüsse gemacht, da die Verkäufer sich durchaus nicht nachgiebig zeigen. Ohne Zweifel werden wir stark besabreute Märkte in diesem Jahre haben, und wird es sich fragen, ob die Preise sich dann zu behaupten vermögen.

### Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 25. Mai: Wind West.  
 A n g e k o m m e n :  
 J. H. Rod, Activ, Westsjobing, Ballast.  
 Den 26. Mai. Wind: WNW.  
 H. C. Boehndahl, Johanna Friederike, Cappel, alt Eisen.  
 C. Lopp, Belta, Copenhagen, Ballast.  
 E. Schmeer, Concordia, London.  
 W. Driver, Gertrude, S. D., Leit, Kohlen.  
 G e s e g e l t :  
 Anna Maria, Dinemar, Getreide.  
 W. Simpson, Lightning, Newcastle, —  
 F. Crispin, Nutfield, Bristol, Holz.  
 C. Sauerbier, Emilie, Bartlepoo, Getreide.  
 C. Fladsrud, Anna Elise, Norwegen, —  
 J. Wähling, Hulda, Stettin, Ballast.  
 J. Zander, Badet, —  
 S. Rabes, Guitav, —  
 J. Weibling, Staatsrath v. Brud, Whitehaven, Holz.  
 H. White, Elisabeth, Hull, Getreide.  
 J. C. Holz, Leopold, London, Holz.  
 W. Pruz, Flaqueur, Kiel, Getreide.  
 Den 27. Mai. Wind: S. zu W.  
 G. Lindner, Bethel, Norwegen, Getreide.  
 L. Larfen, Uller, —  
 A. H. Stjerne, Anna Maria Rolette, Copenhagen, —  
 F. C. Posler, Johanna Caroline, Rendsburg, —  
 J. Olsen, Alexander, Randers, Holz.  
 M. C. Elliot, Constance, London, —  
 G i n g e l o m e n :  
 D. Andersen, Gilding, Fredrichsund, Ballast.  
 A n k o m m e n d :  
 1 Schoonerluff, 1 Bark.

Thorn, den 25. Mai Wasserstand 3' 1".  
 S t r o m a b : Last. Schiff.

Juda Münz, L. M. Köhne, Sandomirsz, Danzig, —  
 U. M. Köhne, 88 - Wj.  
 M. Schlüdeifer, C. J. A. Buggenhagen, Bresca, Danzig, 1175 Std. h.  
 Holz, 946 Std. w. Holz, 140 Bohlen, 2 Last Kahlholz.  
 Schein Birnbaum, W. Birnbaum, Manow, Danzig, 251 Std. h.  
 Holz, 141 h. Holz.  
 Joh. Winterstein, Lauterbach, Polen, Schulitz, 87 Eisenbahnschwellen.

Frachten.  
 Danzig, 27. Mai. London 17s pro Load Ballen. Grimsby 15s 6d pro □-Sleepers. Newcastle 2s 9d pro Quarter Weizen. Orangemouth 2s 9d pro Quarter Weizen. Leit 3s pro Quarter Weizen. Gloucester 4s pro Quarter Weizen. Cardiff oder Newport 19s pro Load □ und 22s pro Load □-Sleepers. Rotterdam 7 Centis pro halbrunder Sleepers. Amsterdam 18 R holl. Court. pro Last Roggen. Maas 19 R holl. Court. pro Last Roggen. Dieppe 55 Francs und 15 % pro Last Dielen. Gotenburg 5 R Hambg. Bco. pro Last Roggen.

### Fonds Börse.

Berlin, den 25. Mai.

	B. G.	B.	G
Amsterdam kurz	141 1/2	141 1/2	79 1/2
do. do. 2 Mon.	141 1/2	141	72 1/2
Hamburg kurz	150 1/2	150 3/4	95 1/2
do. do. 2 Mon.	150	149 1/2	86 3/4
London 3 Mon.	6 20 1/2	6 20 1/2	109 3/4
Paris 2 Mon.			79 1/2
Wien 6st. Wahr. 8 T.			72 1/2
Petersburg 3 W.			95 1/2
Warschau 90 SR. 8 T.			86 3/4
Bremen 100 R. G. 8 T.			109 3/4

\* Danzig, 27. Mai. London 3 Mon. 6 20 1/2 Br., 1/2 bez. Hamburg 2 Mon. 149 1/2 Br., 1/2 bez. Amsterdam 2 Mon. 140 1/2 Br. Staatsschuldenschein 89 Br. Westpr. Pfandbriefe 85 Br. Preuss. Rentenbriefe 97 1/2 Br.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Ridert in Danzig.



**Das Statut der Neuen Westpreussischen Landschaft.**

Das Stück 16 der Gesefsammlung d. J. bringt unter No. 5363 die Allerhöchste Kabinetsordre vom 3. Mai c. und das Statut der neuen Westpreussischen Landschaft, nach dem nunmehr auch Justicialbesitzer von Grundstücken von 1500 Thlr. Werth und mehr Pfandbriefsanlehen bei der neuen Westpr. Landschaft, welche vorläufig die General-Direktion der alten Landschaft zu Marienwerder verwaltet, aufnehmen können. Die vielfachen Bemühungen der Herren G. Geyssner, Küß, Albrecht, Puppel, C. Koepell, N. Plehn, Arnold (als Gründungscomité) seit 1858 haben so endlich den Abschluß gefunden; freilich haben dieselben eine freiere Selbstverwaltung wie ein rationelleres Taxverfahren, wie sie solche erstrebten, nicht erreicht, jedoch dürfte dennoch auch das Geringere jetzt zum Gesefz Gewordene dem Realcredit der Provinz weitlich nützen und eine zahlreiche Verheiligung der Justicialbesitzer herbeiführen. Diese ist um so mehr zu wünschen, als die Associrten selbst auf eine Verbesserung des Status allmählig hinwirken können. Bei der Wichtigkeit des Status für unsere Provinz lassen wir einen Abdruck desselben folgen.

Allerhöchster Erlaß vom 3. Mai 1861, betreffend die Genehmigung des Statuts der Neuen Westpreussischen Landschaft und der zu demselben gehörigen Taxgrundstücke.

Dem mit Ihrem Berichte vom 26. April d. J. Mir eingezeichneten Statute der Neuen Westpreussischen Landschaft und den zu demselben gehörigen Taxgrundstücken, die begehend zurückerfolgen, ertheile ich hiermit Meine landesherrliche Genehmigung. In Folge dieser Meiner Genehmigung und in Gemäßheit des § 2 des Gesefzes vom 17. Juni 1833 (Gesefz-Sammlung 1833 S. 75) ertheile Ich der Neuen Westpreussischen Landschaft hierdurch das Privilegium, die in diesem Statute näher bezeichneten, in Gemäßheit desselben zu verzinsenden Neuen Westpreussischen Pfandbriefe und Kupons mit der rechtlichen Wirkung auszufertigen, daß ein jeder Inhaber derselben die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung derselben nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist. Uebrigens ist dieses Privilegium vorbehaltenlich der Rechte Dritter, und ohne dadurch für die Befriedigung der Inhaber der Neuen Westpreussischen Pfandbriefe und ihrer Kupons eine Gewährleistung Seitens des Staats zu übernehmen, bewilligt.

Dieser Mein Erlaß ist nebst dem Statute und den Taxgrundstücken durch die Gesefz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, den 3. Mai 1861.

Wilhelm.

v. d. Hentdt. v. Patow. Gr. v. Pückler. Gr. v. Schwerin. v. Bernuth. An die Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, der Finanzen, für landwirthschaftliche Angelegenheiten, des Innern und der Justiz.

**Statut**

des unter der Benennung „Neue Westpreussische Landschaft“ für die von dem Verbanne der Westpreussischen Landschaft ausgeschlossenen Grundbesitzer in den Regierungsbezirken Marienwerder und Danzig gebildeten Kredit-Instituts.

**I. Allgemeine Bestimmungen.**

§ 1. Für die Besitzer der von dem Verbanne der Westpreussischen Landschaft ausgeschlossenen Grundstücke in den Regierungsbezirken Marienwerder und Danzig ist ein Kredit-Institut errichtet worden, welchem die Benennung Neue Westpreussische Landschaft beigelegt worden ist.

Dasselbe genießt alle Rechte einer Korporation, insbesondere das Recht, Grundstücke und Kapitalien zu erwerben, und hat seinen Gerichtsstand vor dem Kreisgerichte zu Marienwerder.

Die Vertretung und Verwaltung desselben wird der Generaldirektion der Westpreussischen Landschaft mit dem Vorbehalte der Aufsichtbarkeit dieses Verhältnisses (§§ 42 ff.) übertragen.

Die öffentlichen Blätter, durch welche die Direktion die ihr obliegenden Bekanntmachungen zu erlassen hat, sind: der Königlich Preussische Staats-Anzeiger und die Amtsblätter der Königlich Preussischen Regierungen zu Marienwerder und Danzig. Geht eines dieser Blätter ein, so bestimmt die Königl. Staatsregierung dasjenige Blatt, was an dessen Stelle treten soll.

§ 2. Die Neue Westpreussische Landschaft gewährt denjenigen Grundbesitzern, welche dem Verbanne derselben beitreten, Darlehne gegen hypothekarische Sicherheit. Zur Beschaffung der hiezu erforderlichen Valuta fertigt sie auf jeden Inhaber lautende Schuldverschreibungen nach dem Formulare A. unter der Benennung Neue Westpreussische Pfandbriefe aus, worin nach der Wahl des Antragstellers dem Inhaber vier oder vier und ein halb Prozent jährliche Zinsen stipulirt werden.

**II. Von den Darlehnen.**

§ 3. Zur Aufnahme in den Verband und zur Beleihung mit Pfandbriefen sind nur solche zum Betriebe der Landwirtschaft geeignete Grundstücke geeignet, welche

- a) nicht dem Verbanne der Westpr. Landschaft angehören,
- b) zu vollem unbeschränktem Eigenthum besessen werden,
- c) nach den Abschätzungsgrundstücken des Landschaftsverbandes einen Werth von mindestens 1500 Nthlr. haben,
- d) nicht außerhalb des Weichsel- oder Rogat-Deiches in Weichsel- und Rogat-Niederung belegen sind,
- e) nicht mit Leistungen aus dem gutherrlichen Verbanne, Realasten oder Servituten, die ihren Ertrag schmälern und der Ablösung unterliegen, belastet sind. Jedoch kann Behufs der Ablösung solcher Lasten ein Darlehn gegeben werden, in welchem Falle von der Landschaft für die Verwendung des Darlehns zu dem gedachten Zwecke Sorge zu tragen ist.

§ 4. Wer die Bewilligung eines Pfandbriefdarlehns nachsuchen will, hat seinen Antrag bei der Direktion schriftlich anzubringen und demselben eine ungefähre Angabe der Größe und des Werthes des Grundstücks, einen vollständigen Hypothekenschein desselben und eine Bescheinigung des Landraths oder Domainen-Rentamtes über die auf dem Grundstück haftenden Grundsteuern oder Domainenzinsen beizufügen, auch an Kosten für die Prüfung seines Gesuchs den Betrag von zwei Thalern einzufenden.

Insofern der Andrang von Darlehnsgesuchen es nöthig macht, ist die Direktion befugt, bestimmte Fristen für deren Einbringung festzusetzen. Dieselben müssen durch die § 1 erwähnten Blätter, sowie durch die Kreisblätter bekannt gemacht werden.

§ 5. Das zu gewährende Darlehn darf die Hälfte des nach den Abschätzungsgrundstücken der Landschaft sich ergebenden Werthes des Grundstücks nicht übersteigen.

§ 6. Der Werth des Grundstücks wird durch eine nach den Vorschriften des beigelegten Taxregulativs bewirkte Abschätzung bestimmt, welche von zwei damit beauftragten Landschaftskommissarien an Ort und Stelle aufzunehmen ist.

Zu diesem Behufe werden für jeden landrätlichen Kreis von den sämmtlichen Vereinsmitgliedern des Kreises auf dazu angelegten Kreisversammlungen zwei oder mehrere beständige Landschaftskommissarien aus den im Kreise mit beleihungsfähigen Grundstücken angelegenen Personen je auf sechs Jahre erwählt und von der Direktion nach erfolgter Prüfung und Bestätigung der Wahl verpflichtet.

So lange in einem Kreise noch nicht sechs in sechs verschiedenen Gemeinden angelegene Vereinsmitglieder vorhanden sind, ernannt die Direktion die Landschaftskommissarien. Sobald aber die obige Zahl der Vereinsmitglieder erreicht ist, hat dieselbe die Wahl von Landschaftskommissarien anzuordnen und diesen das Amt zu übertragen.

Jeder Besitzer eines mit Pfandbriefen beleihbaren Grundstücks ist verpflichtet, auf erfolgte Wahl oder Ernennung das Amt, wofür er dasselbe nicht schon einmal verwaltet, zu übernehmen, und kann dazu durch Kündigung seiner Pfandbriefschuld angehalten werden.

§ 7. Aus den Landschaftskommissarien wählt die Direktion für jeden Fall diejenigen, welche sich der Abschätzung zu unterziehen haben. In Fällen, wo sie es für nothwendig oder zweckmäßig erachtet, kann dieselbe den Abschätzungskommissarien auch ihren Syndikus beigegeben, oder das betreffende Gericht um Abordnung eines Richters zur Vertretung desselben requiriren.

Die aufgenommene Taxe wird von einem Mitgliede der Direktion revidirt und demnächst in einer Sitzung derselben, zu welcher jedesmal zwei Landschaftskommissarien mit vollem Stimmrecht von dem Direktor nach seiner Wahl einzuberufen sind, vorgelesen und festgesetzt.

Gegen den die Taxe festsetzenden Beschluß der Direktion steht dem Besitzer der Rekurs an den Engern Ausschuß zu.

§ 8. Der Darlehnsnehmer muß die Verbindlichkeit übernehmen:

- a) für das Darlehn eine Jahreszahlung von fünf Prozent, und wenn dasselbe in vier ein halbprozentigen Pfandbriefen gegeben worden, eine Jahreszahlung von fünf ein halb Prozent und außerdem für die ersten Jahre von  $\frac{3}{4}$  Prozent in halbjährlichen Raten zu entrichten;
- b) von dem Darlehnskapitale ein Prozent des Nominalbetrages beim Empfang der Pfandbriefe zum Betriebsfonds zu zahlen (§ 27);
- c) das Darlehnskapital ganz oder theilweise nach sechsmonatlicher Aufkündigung, welche der Landschaft nur in den Fällen des § 15 zusteht, in Neuen Westpreussischen Pfandbriefen nach deren Nennwerthe zurückzahlen;
- d) im Falle der Zahlungsäumniß von dem rückständig gebliebenen Betrage fünf Prozent Verzugszinsen bis zum Ablauf desjenigen Vierteljahres zu entrichten, in welchem die Zahlung erfolgt;
- e) überhaupt den Bestimmungen dieses Statuts sich zu unterwerfen.

Er muß der Landschaft die Befugniß einräumen wegen ihrer rechtskräftigen Forderungen sich nach eigenem Ermessen an das Mobiliarvermögen des Schuldners, oder an das verpfändete Grundstück zu halten und gleichzeitig die Sequestration und Subhastation des Grundstücks auszubringen, ingleichen der Rechtswohlthat des Moratoriums entsagen.

Er hat hierüber unter Bekennniß des Valuten-Empfanges und unter Verpfändung des Grundstücks und dessen Zubehör, namentlich der Brandvergütungen für Kapital, Zinsen, Verzugszinsen, sowie die sonst zu leistenden Beiträge und Kosten eine Urkunde vor Gericht oder Notar, oder vor dem Syndikus resp. dessen Vertreter auszustellen.

Dem Syndikus der Neuen Westpreussischen Landschaft, sowie dessen Vertreter, sofern derselbe die dritte juristische Prüfung bestanden hat, wird zu diesem Behufe die Befugniß, Urkunden dieser Art gegen die gesetzlichen Notariatsgebühren aufzunehmen und auszufertigen, diesen Urkunden aber die Glaubwürdigkeit von Notariatsakten, und insbesondere die Eigenschaft beigelegt, Eintragungen in das Hypothekenbuch zu begründen.

Bei jeder Besitzveränderung muß die persönliche Verpflichtung aus dem Darlehnsvertrage von dem neuen Erwerber in einer auf die obige Weise auf seine Kosten auszustellenden Urkunde übernommen, und diese Urkunde innerhalb vier Wochen nach der Uebernahme des Grundstücks der Direktion eingekandt werden, welche hiernächst den früheren Besitzer seiner persönlichen Verpflichtung entlassen muß.

§ 9. Dem zu bewilligenden Pfandbriefdarlehn dürfen außer den öffentlichen Lasten und Abgaben, den Rentenbank- und Domainen-Amortisationsrenten keine Forderungen in dem Hypothekenbuche voranstehen. Es ist Sache des Darlehnsnehmers, die prioritätliche Eintragung des Darlehns vor allen anderen Forderungen herbeizuführen.

Kann der Darlehnsnehmer die Priorität vor den eingetragenen Forderungen nicht sofort beschaffen, so ist die Bewilligung eines Darlehns dennoch zulässig, wenn derselbe sich verpflichtet, die eingetragenen Forderungen zur Löschung zu bringen, und wegen der Ansprüche aus denselben der Landschaft eine Kaution in der Art bestellt, daß er für je 60 Nthlr. der Forderungen 100 Nthlr. in Neuen Westpreussischen Pfandbriefen bei derselben deponirt. Bei der Berechnung des Betrages der Forderungen wird der Zinsfuß derselben, wenn sich kein höherer ergibt, auf fünf Prozent, und der Rückstand der Zinsen, wenn dessen Berichtigung nicht glaubhaft nachgewiesen werden kann, auf acht Jahre angenommen.

§ 10. Die Darlehnsvaluta wird dem Darlehnsnehmer nach Abzug des zum Betriebsfonds nach § 8 b. zu entrichtenden Prozents in Neuen Westpreussischen Pfandbriefen unter Anrechnung derselben zum Nominalwerth ausbezahlt.

Bei größeren Darlehnen wird dieselbe bis zu ein Fünftel in Abschnitten von 100 Nthlrn. und darunter gewährt.

§ 11. Der Darlehnsempfänger ist verpflichtet, die auf dem beleihbaren Grundstücke vorhandenen Gebäude, Inventarienstücke und Vorräthe bei den von dem Engern Ausschusse zu bezeichnenden Versicherungsgeellschaften gegen Feuergefahr angemessen zu versichern, und so lange das Gut bepfandbrieft ist, versichert zu erhalten. Ehe er die Versicherung nicht nachgewiesen, dürfen ihm die Pfandbriefe nicht verabfolgt werden. Die Direktion kann von ihm jederzeit den Nachweis der Versicherung fordern.

§ 12. Von der Jahreszahlung des Schuldners sind vier Prozent resp. vier und ein halb Prozent zur Verzinsung der ausgegebenen Pfandbriefe, ein Viertel Prozent zur Befreiung der Verwaltungskosten (Quittungsgroschen) und drei Viertel Prozent zur Ansammlung eines Sicherheits- resp. Tilgungsfonds bestimmt; die von den Schuldnern vier und ein halbprozentiger Pfandbriefs-Kapitalien in den ersten 7 Jahren zu zahlenden drei Viertel Prozent fließen allein zum Tilgungsfonds.

Die Zahlung hat der Schuldner in halbjährigen Terminen, und zwar in der Zeit vom 1. bis 15. Juni und vom 1. bis 15. Dezember jeden Jahres, an die Kasse der Landschaft in Preussischem Silberkurant oder in nicht verjährten fälligen Kupons Neuer Westpreussischer Pfandbriefe zu leisten.

§ 13. Wenn der Schuldner durch Brandschaden, Hagelschlag, Ueberschwemmung oder Mißwachs außer Stande gesetzt ist, seiner Zahlungsverbindlichkeit, sie betreffe Zinsen oder Kapital, rechtzeitig nachzukommen, so kann ihm eine Zahlungs-nachsicht auf längstens sechs Monate bewilligt werden. In solchem Falle muß der Schuldner aber die Stundung spätestens vierzehn Tage vor dem Eintritt des Zahlungstermins nachsuchen, den angegebenen Stundungsgrund durch ein von den beiden Landschaftskommissarien des Kreises ausgestelltes Zeugniß becheinigen und den Rückstand für die Stundungsfrist mit vier Prozent jährlich verzinsen.

Wird dem Schuldner die erbetene Stundung nicht gewährt, oder von demselben eine solche nicht nachgesucht, so hat er von der rückständig verbliebenen Jahreszahlung fünf Prozent Verzugszinsen bis zum Ablaufe des Vierteljahres, in dem der Rückstand getilgt wird, zu entrichten.

§ 14. Wegen der in den Fälligkeitsterminen rückständig gebliebenen, nicht gestundeten Zahlungsrückstände und der davon zu entrichtenden Verzugszinsen wird Seitens der Landschaft sofort eine Mandatsklage angestellt, und nach eingetretener Rechtskraft des Mandats nach dem Ermessen der Direktion in das Mobiliarvermögen des Schuldners oder in das verpfändete Grundstück Exekution, Sequestration resp. Subhastation bei dem betreffenden Gerichte nachgesucht.

Der Schuldner kann nicht verlangen, daß die Landschaft sich zunächst an das verpfändete Grundstück halte, auch nicht der gleichzeitigen Vertreibung der Sequestration und der Subhastation des Grundstücks widersprechen, und eben so wenig gegen die Landschaft auf Moratorium provoziren (§ 8 e).

Bei der Subhastation kann die Landschaft zur Vermeidung eines Ausfalls das Grundstück ohne besondere Staatsgenehmigung für Rechnung des Sicherheitsfonds selbst ersteinen. Sie ist in diesem Falle aber gehalten, das Grundstück innerhalb dreier Jahre, vom Tage der Publikation des Zuschlagsbescheides gerechnet, wieder zu verkaufen.

§ 15. Die Landschaft hat das Recht, das Pfandbriefskapital mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen:

- a) wenn das verpfändete Grundstück seinem Werthe nach so weit verringert wird, daß dasselbe die Summe von 1500 Thlrn. (§ 3 Litt. c.) nicht mehr erreicht. Die Befugniß zu Partialkündigungen für den Fall sonstiger Werthverminderungen wird hierdurch nicht berührt;
- b) wenn der Besitzer desselben die ihm obliegenden Zahlungen an die Landschaft nicht pünktlich leistet. Diese Befugniß erlischt, sobald in Folge der Kündigung die rückständigen Zahlungen geleistet, und die etwa bereits aufgewendeten Kosten berichtigt werden;
- c) wenn derselbe nicht den Nachweis führen kann, die auf dem Grundstücke haftenden öffentlichen Abgaben, insbesondere den Domainenzins oder Kanon, regelmäßig bezahlt zu haben;
- d) wenn das Grundstück unter Sequestration oder Subhastation gestellt wird;
- e) wenn der Besitzer so schlecht wirtschaftet, daß nach der von der Direktion durch zwei Landschaftskommissarien zu veranlassenden Untersuchung eine erhebliche Verschlechterung des Grundstücks und eine Gefahr für die Sicherheit der Landschaft zu besorgen ist, und derselbe der Anweisung der Direktion, den vorgefundenen Mängeln abzuweichen, in der ihm bestimmten Frist nicht genügt;
- f) wenn derselbe die ihm nach § 11 obliegende Verpflichtung zur Versicherung des Grundstücks, des Inventariums und der Vorräthe gegen Feuergefahr nicht erfüllt;
- g) wenn derselbe der im § 8 enthaltenen Verpflichtung zur Uebernahme der persönlichen Verbindlichkeit aus dem Darlehnsvertrage in der bestimmten Frist nicht entspricht;
- h) wenn er die Uebernahme des ihm durch ordnungsmäßige Wahl oder Ernennung zugewallenen Amtes eines Landschaftskommissarius verweigert, ohne demselben schon früher vorgestanden zu haben.

§ 16. Die bepfandbrieften Grundstücke unterliegen einer allgemeinen Beaufsichtigung durch die Landschaftskommissarien der Kreise insofern, als diese verpflichtet sind, Handlungen oder Unterlassungen der Schuldner oder Ereignisse, durch welche die Sicherheit der Pfandbriefdarlehne oder der Zinszahlungen gefährdet erscheint, sobald dieselben zu ihrer Kenntniß gekommen sind, oder welche ihnen ohne grobes Versehen von ihrer Seite nicht hätten entgehen können, der Direktion bei eigener Vertretung ungesäumt anzeigen.

§ 17. Dem Schuldner steht jederzeit frei, das Pfandbriefdarlehn ganz oder theilweise an die Landschaft zurückzahlen. Die Zahlung erfolgt in Neuen Westpreussischen Pfandbriefen desselben Prozentsages, zu welchem für das Darlehn Pfandbriefe ausgefertigt worden, nach dem Nennwerthe, welchen die laufenden Kupons und der Talon vollständig beigelegt werden müssen.

Die Verwaltungsbeiträge müssen für das laufende Halbjahr entrichtet werden.

Abgezahlte Beträge werden auf Antrag des Schuldners von der Landschaft im Hypothekenbuche zur Löschung gebracht. Der Schuldner kann über die von ihm bezahlte Darlehnsforderung der Landschaft mit Vorbehalt des Vorzugsrechtes für die der Landschaft auf dem Gute bleibende Forderung verfügen.

In beiden Fällen müssen die zurückgezahlten Pfandbriefe kassirt, oder hinsichtlich des Pfandbriefrechtes präkludirt, und es muß von der Kontrollkommission (§ 20) auf den für die Landschaft eingetragenen Schuldurkunden attestirt werden, daß ein der zu löschenden oder zu cedirenden Summe entsprechender Betrag von Pfandbriefen kassirt, oder nach geschahem Aufgebote hinsichtlich des Pfandbriefrechtes präkludirt worden ist.

§ 18. Die Besondere Verwaltung...

Darlehensgeschäft, der Abschätzung des Grundstücks und der Ausfertigung der Pfandbriefe trägt der Darlehensnehmer auch in dem Falle, daß das nachgesuchte Darlehn ihm nicht bewilligt werden kann. Dieselben werden nach der festgesetzten Gebühren-Ordnung berechnet.

Von jedem Darlehensnehmer ist vor Aufnahme der Taxe ein von der Direktion zu bemessender Kostenvorschuss zur Landeskassenschatte einzuzahlen.

### III. Von den Pfandbriefen.

§ 19. Für jedes Darlehn, welches nach vorstehenden Bestimmungen bewilligt, und auf den Namen der Neuen Westpreussischen Landschaft ingrossirt worden ist, wird ein gleich hoher Betrag neuer Westpreussischer Pfandbriefe ausgefertigt.

§ 20. Die Neuen Westpreussischen Pfandbriefe werden von der Direktion ausgefertigt, und zwar in Points zu 1000 Thlr., 500 Thlr., 200 Thlr., 100 Thlr., 50 Thlr. und 20 Thlr. und danach zu bildenden Serien, und nebst den Hypotheken-Instrumenten über das Darlehn der aus dem Direktor und zwei Mitgliedern des Kreisgerichts, vor welchem das Institut seinen Gerichtsstand hat, bestehenden Kontrollkommission zur Mitvollziehung übersandt.

Diese Kommission hat zu prüfen, ob für die Landschaft wirklich eine dem Betrage der zu emittirenden Pfandbriefe gleichkommende Darlehensforderung auf das Grundstück eingetragen worden ist. Nach hiervon genommener Ueberzeugung vollziehen die Mitglieder der Kommission die ihnen vorgelegten Pfandbriefe. Letztere werden erst durch diese Vollziehung perfekt und hiernächst in die von der Landschaft über die ausgefertigten Pfandbriefe zu führenden Register eingetragen. Auf dem Hypotheken-Instrumente wird sodann von derselben Kommission ein Vermerk registrirt:

daß über den Betrag der darin verzeichneten Darlehensforderung Neue Westpreussische Pfandbriefe ausgefertigt worden, und daß demzufolge der Landschaft eine Disposition über das Darlehenskapital zwar zum Zwecke der Befriedigung von Pfandbriefsinhabern und der Einlösung von Pfandbriefen, außerdem aber nur insoweit zustehe, als vorher ein entsprechender Betrag von Pfandbriefen aus dem Umlaufe zurückgezogen und fassirt, oder nach geschenehm Aufgehoben hinsichtlich des Pfandbriefrechtes präkludirt worden sei.

§ 21. Den Neuen Westpreussischen Pfandbriefen werden von der Direktion selbständige Zinsanweisungen oder Zinskupons, welche mit Talons versehen sind, auf fünf Jahre nach den Formularen B. und C. beigegeben.

§ 22. Der Inhaber eines Neuen Westpreussischen Pfandbriefes hat das Recht, von der Neuen Westpreussischen Landschaft im Falle der Auslösung (§§ 33 und 34) den Kapitalbetrag, sonst aber nur die terminliche Zahlung der vorgeschriebenen Zinsen, und zu dem Zwecke die Ausreichung und Einlösung der Zinskupons zu fordern.

§ 23. Sollte er seine Befriedigung von der Landschaft im Verwaltungswege nicht erlangen, so steht ihm die Befugnis zu, im ordentlichen Rechtswege gegen die Landschaft seine Befriedigung

- zunächst aus dem Sicherheitsfond,
- sodann aus denjenigen Hypothekensforderungen, welche die Landschaft für bewilligte Darlehne erworben hat, mittelst gerichtlicher Ueberweisung zu suchen.

Eine Befugnis zur Kündigung des Kapitals steht dem Inhaber des Pfandbriefes nicht zu.

§ 24. Die Zahlung der Zinsen durch Einlösung der Kupons erfolgt vom 1. Juli und 2. Januar ab an öffentlich bekannt zu machenden Tagen bei der Kasse der Landschaft.

Eine Amortisation der Zinskupons findet nicht statt.

Bei Ablauf der Periode, für welche die Zinskupons ausgereicht gewesen, werden die neuen Kupons auf Vorzeigung des Talons an dessen Inhaber verabfolgt. Wird dieser Verabfolgung, bevor sie geschieht, von dem Pfandbriefsinhaber widersprochen, so treten die Vorschriften der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 11. Juni 1838 ad 11 (Ges.-S. 367) ein.

Das Forderungsrecht aus den Kupons, und also das Recht der Zinsenforderung erlischt, wenn die Kupons innerhalb vier Jahren, vom Verfalltermine ab gerechnet, also spätestens in dem achten Zinstermine, nicht zur Einlösung vorgelegt worden sind.

§ 25. Da die Pfandbriefe nicht auf den Namen bestimmter Gläubiger lauten, sondern auf jeden Inhaber ausgefertigt werden, so finden wegen der Eigenthumsübertragung, der Bindikation, des Aus- und Wiederinkaufens derselben die gemeingefährlichen Bestimmungen für die auf jeden Inhaber lautenden Papiere auch auf diese Neue Pfandbriefe Anwendung.

§ 26. Pfandbriefe, welche durch Vermerke, Beschädigung oder Befleckung zum Umlauf ungeeignet geworden sind, gleichwohl aber die wesentlichen Kriterien der Aechtheit und Identität, nämlich die Bezeichnung der Serie, der Nummer, des Kapitalbetrages, der Direktion und der Kontrollkommission noch erkennen lassen, werden auf Verlangen des Inhabers nach dem Gesetze vom 8. Mai 1843 (Gesetz-Sammlung S. 177) gegen Erstattung der baaren Auslagen, einschließlich der Schreibgebühren, und zwar unter derselben Nummer, umgefertigt.

Ebenso werden für völlig vernichtete Pfandbriefe, wenn die Thatsache der Vernichtung in einer jeden Zweifel und jede Ungewissheit ausschließenden Art und Weise nachgewiesen wird, andere Exemplare unter derselben Nummer und über dieselben Beträge gegen Erstattung der Auslagen ausgefertigt. Ob der vorexforderte Beweis geführt sei, bleibt lediglich der Beurtheilung der Direktion vorbehalten.

Wenn dieser Beweis nicht geführt worden, oder wenn in dem Falle der Beschädigung die wesentlichen Merkmale des Pfandbriefes nicht mehr erkennbar sind, sowie in allen Fällen, wenn der Pfandbrief dem Inhaber entwendet oder sonst abhanden gekommen ist, findet die Ausfertigung eines anderen Pfandbriefes nur nach vorgängigem Aufgebote und gerichtlicher Amortisation, und immer nur unter neuer Nummer statt.

### IV. Von den Fonds der Landschaft und deren Verwaltung.

§ 27. Der Betriebsfond wird aus dem von jedem Darlehensnehmer beim Empfange des Pfandbriefskapitals nach §§ 8 b und 10 davon zu entrichtenden Einem Prozent und den Zinsen seiner Bestände gebildet.

Derselbe ist Eigenthum der Landschaft und zu unvermeidlichen Ausgaben bestimmt, namentlich zur Bestreitung derjenigen Ausgaben, welche bei einer Trennung derselben von der Generallandschafts-Direktion entstehen, sowie zur Deckung derjenigen Kapital- und Zinsausfälle, zu denen der Tilgungs- und Sicherheitsfonds nicht ausreichen sollte.

Ueber die Verwendung desselben steht ausschließlich dem Engern Ausschusse die Bestimmung zu.

§ 28. Der Sicherheitsfonds bildet sich:

- aus den  $\frac{3}{4}$  Prozent, welche die Darlehensschuldner außer den an die Pfandbriefsinhaber zu zahlenden Zinsen und dem  $\frac{1}{4}$  Prozent Verwaltungskosten 7 Jahre lang seit dem Empfange des Pfandbriefsdarlehns entrichten;
- aus den Verzugszinsen;
- aus den Beträgen nicht abgehobener Kupons;
- aus allen außerordentlichen Einnahmen des Instituts;
- aus den Zinsen seiner Bestände.

§ 29. Der Sicherheitsfond hat die Bestimmung, Ausfälle, welche die Landschaft an Kapital und Zinsen erleidet, zu decken, sofern dieselben nicht aus dem Antheile des Besitzers des betreffenden Grundstücks am Tilgungsfond gedeckt werden können.

Er ist Eigenthum des Landschaftsverbandes, und es haben austretende Mitglieder nicht das Recht, eine Herauszahlung eines Theils desselben zu fordern.

§ 30. Der Tilgungsfond wird durch die § 28 a erwähnten jährlichen drei Viertel Prozent, welche die Darlehensschuldner bis zum Ablauf von sieben Jahren seit dem Empfange des Darlehns entrichten, und aus den Zinsen seiner Bestände gebildet. Er ist Eigenthum der Besitzer der bepfandbrieften Grundstücke, für welche zu demselben Beiträge gezahlt worden sind, und es gehen die Rechte auf denselben, als Zubehör des Grundstücks, ohne eine spezielle Eigenthumsübertragung auf den jedesmaligen Besitzer des Grundstücks über.

§ 31. Sobald der Antheil eines Grundstücks am Tilgungsfond die Höhe von fünf und zwanzig Prozent des auf dem Grundstück haftenden Pfandbriefskapitals erreicht hat, kann der Besitzer verlangen, daß derselbe ihm herausgezahlt oder im Hypothekenbuche zur Löschung gebracht werde, wenn er für das auf dem Grundstück stehende Darlehn statutenmäßige Sicherheit nachzuweisen im Stande ist.

Sobald im Hypothekenbuche die Löschung geschehen ist, hat der Schuldner die § 8 a erwähnte Jahreszahlung nur noch von dem auf dem Grundstück stehenden Theile des Pfandbriefsdarlehns zu entrichten. Früher tritt außer dem Falle des § 17 eine Reduktion der Jahreszahlung nicht ein.

§ 32. Zahlt der Darlehensschuldner das Pfandbriefsdarlehn ganz zurück, so wird ihm sein ganzer Antheil am Tilgungsfond, zahlt er aber einen Theil desselben ab, der nach dem Verhältnisse des Pfandbriefsdarlehns zu dem abgezahlten Betrage zu berechnende Theil seines Tilgungsfonds-Antheils herausgezahlt.

Die in dem Tilgungsfonds befindlichen verlostten Pfandbriefe müssen, so weit sie zur Ausschüttung gelangen, durch neu auszufertigende ersetzt werden.

§ 33. Die Fonds der Landschaft werden von der Direktion verwaltet. Die Bestände derselben werden in Neuen Westpreussischen Pfandbriefen zinsbar angelegt, welche durch Ankauf an der Börse zum Börsenkurse, oder durch Auslösung zum Nennwerthe erworben werden. Die erworbenen Bestände werden für die Landschaft außer Kurs gesetzt.

§ 34. Die von der Landschaft den Inhabern gekündigten Pfandbriefe müssen zur Verfallzeit nebst den noch nicht fälligen Kupons und dem Talon in kursfähigem Zustande eingeliefert werden.

Der Betrag der fehlenden Kupons wird dem Einliefernden von der Einlösungsaluta in Abzug gebracht. Die Aluta der nicht eingelieferten Pfandbriefe bleibt bis nach Ablauf der zu denselben verabreichten Kupons-Serie im Gewahrsam der Landschaft. Diese Deposita werden zu Gunsten des Sicherheitsfonds zinsbar angelegt, und ihre Bestände, jedoch nur nach dem Kapitalbetrage und nach Abzug der nicht beigebrachten Kupons, nach Ablauf dieser Zeit, und falls die Einlösung nicht früher erfolgt ist, bei dem Kreisgerichte, vor dem die Landschaft ihren Gerichtsstand hat, baar eingezahlt, welches demnach die Amortisation der nicht eingegangenen Pfandbriefe aus Kosten des Inhabers unter Entnahme derselben aus der deponirten Masse zu veranlassen hat.

§ 35. Das für die Verwaltung von den Darlehensschuldnern jährlich zu erlegende ein Viertel Prozent scheidet von den Fonds der Landschaft aus und unterliegt ebenso, wie der nach § 4 zu entrichtende Betrag, der unbeschränkten Disposition der Direktion.

§ 36. Der Rendant der Westpreussischen Generallandschaftskasse ist für die ihm übertragene Verwaltung der Kasse der Neuen Westpreussischen Landschaft mit der von ihm der Westpreussischen Landschaft bestellten Kaution mit verhaftet.

Der Syndikus der Westpreussischen Generallandschafts-Direktion ist zugleich Kurator der Kasse der Neuen Westpreussischen Landschaft.

Die ordentlichen und außerordentlichen Revisionen der Generallandschaftskasse sind auf die Kasse der Neuen Westpreussischen Landschaft auszudehnen.

§ 37. Alljährlich im Monat Mai tritt ein Engerer Ausschuss der Neuen Westpreussischen Landschaft gleichzeitig mit dem Engern Ausschuss der Westpreussischen Landschaft am Sitze der Generallandschafts-Direktion zusammen.

Es erscheinen auf demselben der Generallandschafts-Direktor, der Generallandschafts-Syndikus und für jeden Regierungsbezirk zwei Deputirte, oder bei ihrer Verhinderung deren Stellvertreter, welche von den Landschaftskommissarien aus den Besitzern beziehungsfähiger Grundstücke durch versiegelt der Direktion einzuziehende Stimmzettel je auf zwei Jahre nach relativer Majorität gewählt werden.

Der Generallandschafts-Direktor führt den Vorsitz, und der Generallandschafts-Syndikus das Protokoll.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Die Diäten und Reisekosten der Deputirten werden nach der Gebühren-Ordnung aus dem Sicherheitsfond gezahlt.

§ 38. Der Engere Ausschuss revidirt sämtliche Kassen und Rechnungen der Neuen Westpreussischen Landschaft und becharget die letztere. Nach beendigter Rechnungsabnahme wird der Hauptbetrag der Einnahme und Ausgabe, der verbliebene Bestand und der Betrag der künftigen Pfandbriefe öffentlich bekannt gemacht.

§ 39. Der Engere Ausschuss hat das Recht, Behufs Aufkündigung der der Generallandschafts-Direktion übertragenen Geschäftsführung, die Berufung eines Generallandtages (§ 42) zu verlangen. Die Generallandschafts-Direktion ist alsdann verpflichtet, spätestens binnen drei Monaten den Generallandtag einzuberufen.

Außer der dem Engern Ausschuss in den §§ 11, 27 u. 28

beigelegten Befugnissen steht demselben das Recht zu, die in dem Taxregulativ bestimmten Maximalpreise für Acker und Wiesen in den verschiedenen Kreisen unter Vorbehalt der Genehmigung des Ministers des Innern zu ändern.

### V. Verwaltungsbestimmungen.

§ 40. Bei der Verwaltung der Neuen Westpreussischen Landschaft dienen die Vorschriften des im Jahre 1850 revidirten Westpreussischen Landschaftsreglements (Gesetz-Sammlung von 1851 Seite 523.) und die seitdem bestätigten Generallandtags-Beschlüsse, insbesondere die Kassen- und Gebührenordnung, insoweit zur Richtschnur, als diese Vorschriften durch das gegenwärtige Statut keine Abänderung erleiden.

Der jederzeitige königliche Kommissarius der Westpreussischen Landschaft ist zugleich Kommissarius der Neuen Westpreussischen Landschaft. Er hat darauf zu sehen, daß von der Direktion die Vorschriften des Status und der Gesetze befolgt und die Geschäfte mit Ordnung betrieben werden, und ist berechtigt, von der Direktion Bericht zu erfordern, Kassen- und Rechnungs-Revisionen anzuordnen und gegen Verfügungen der Direktion sein Veto einzulegen.

Die Generallandschafts-Direktion bedient sich bei Verwaltung der Neuen Westpreussischen Landschaft der Benennung: „Direktion der Neuen Westpreussischen Landschaft.“

§ 41. Die Landschaftskommissarien haben sich allen Geschäften, welche ihnen von der Direktion übertragen werden, für die in der Gebührenordnung festgesetzten Diäten und Reisekosten zu unterziehen, wobei die für die Taxatoren bestimmten Sätze zur Anwendung kommen.

### VI. Auflösung der Geschäftsführung.

§ 42. Auf dem Generallandtage erscheint für jeden landrätlichen Kreis ein Deputirter. Die Deputirten werden von sämtlichen Darlehensschuldern des Kreises gewählt. Die Darlehensschuldner werden von der Generallandschafts-Direktion durch die Kreisblätter unter Angabe des Antrages des Engern Ausschusses und des Zwecks der Wahl einberufen. Dieselbe ernannt die Vorsitzenden, welche die Wahl nach einfacher Stimmenmehrheit vollziehen lassen, und die Wahlprotokolle sofort der Generallandschafts-Direktion einsenden.

Auf dem Generallandtage führt der Generallandschafts-Direktor den Vorsitz und der Generallandschafts-Syndikus das Protokoll.

Der Generallandtag beschließt und wählt nach einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Deputirten. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Beschlüsse auf Abänderung dieses Statuts können nur auf dem Generallandtage gefaßt werden. Zu ihrer Gültigkeit ist die landesherrliche Bestätigung erforderlich.

§ 43. Beschließt der Generallandtag, daß die Kündigung der Geschäftsführung der Generallandschafts-Direktion erfolgen soll, so hat die Neue Westpreussische Landschaft das Recht, die Auflösung des Verhältnisses binnen Jahresfrist zu verlangen, jedoch nur in der Art, daß diese Trennung nur am Schlusse eines Jahres erfolgen darf.

Die von der General-Direktion für die Neue Westpreussische Landschaft angestellten Beamten muß die letztere bei Uebernahme der Verwaltung unter den bei der Anstellung getroffenen Bedingungen übernehmen.

Sobald die Auflösung beschlossen ist, erwählt der Generallandtag Kommissarien, welche das Geschäft der Trennung und die Geschäftsführung zu übernehmen haben. Ein Beschluß dieser Art ist nur dann gültig, wenn gleichzeitig von dem Generallandtage über die künftige Organisation der Direktion des Instituts Beschluß gefaßt, und dieser Beschluß spätestens 6 Monate vor dem Zeitpunkte, mit welchem die neue Direktion ins Leben treten soll, von Staatswegen bestätigt wird.

§ 44. Derselbe Generallandtag bestimmt gleichzeitig den Sitz der neuen Verwaltung und der Direktion, und beschließt über die nach der Trennung nothwendig erscheinenden Abänderungen der Verwaltung, namentlich an Stelle des § 40 eine neue Einrichtung und Geschäftsinstruktion der Direktion.

Alle diese Beschlüsse, sowie überhaupt alle Beschlüsse eines Generallandtages bedürfen der Genehmigung der königlichen Staatsregierung.

### Tax-Regulativ.

§ 1. Das zu taxirende Grundstück wird seinem Grundwerthe, seinem todtten und lebendigen Inventarium und den vorhandenen Gebäuden nach geschätzt.

§ 2. Die Abschätzung darf nur auf Grund von Vermessungsregulativen vereidigter Feldmesser geschehen.

§ 3. Das Acker- und Gartenland wird nach fünf, die Wiesen werden nach sechs Klassen geschätzt.

§ 4. Forstland und Weideland auf der Höhe dürfen nur als Acker fünfter Klasse, Weideland in der Niederung dagegen als Wiesen geschätzt werden.

§ 5. Die in den §§ 3 und 4 angeordnete Schätzung geschieht in einer Summe Geldes, durch welche der Werth eines Morgens Magdeburgisch ausgesprochen wird; derselbe darf jedoch folgende höchsten Werthe nicht überschreiten:

1. Für die landrätlichen Kreise Danzig, Elbing, Marienburg, Stuhm, Rosenburg, Marienwerder, Graudenz, Culm, Stargard, Thorn und die Weichselniederung des Schweser Kreises: 1. Klasse 40 Ahtlr., 2. Klasse 30 Ahtlr., 3. Klasse 18 Ahtlr., 4. Klasse 10 Ahtlr., 5. Klasse 5 Ahtlr.

11. Für die landrätlichen Kreise Neustadt, Straßburg, Schwes, mit Ausschluß der Weichselniederung, Flatow, Deutsch-Crone: 1. Klasse 35 Ahtlr., 2. Klasse 25 Ahtlr., 3. Klasse 15 Ahtlr., 4. Klasse 10 Ahtlr., 5. Klasse 5 Ahtlr.

111. Für die landrätlichen Kreise Löbau, Berent, Carthaus, Conitz, Schlochau: 1. Klasse 30 Ahtlr., 2. Klasse 24 Ahtlr., 3. Klasse 15 Ahtlr., 4. Klasse 10 Ahtlr., 5. Klasse 5 Ahtlr.

In allen Kreisen: Wiesen 1. Klasse 60 Ahtlr., 2. Kl. 40 Ahtlr., 3. Kl. 35 Ahtlr., 4. Kl. 25 Ahtlr., 5. Kl. 15 Ahtlr., 6. Kl. 10 Ahtlr. Gartenland darf 50 Prozent höher als Acker oder Wiese geschätzt werden, aber nur 50 Prozent niedriger als Acker oder Wiese geschätzt werden.

§ 6. Bei allen diesen Schätzungen ist der Grund und Boden frei von allen Abgaben und Lasten anzunehmen.

§ 7. Es müssen daher alle Belastungen zu Gelde berechnet und, zu fünf Prozent kapitalisirt, von dem ermittelnden Grundwerthe in Abzug gebracht werden. Auf Deichlasten bei Niederungs-Grundstücken wird dagegen keine Rücksicht genommen.

§ 8. Dem alsdann verbleibenden reinen Grundwerthe werden hinzugerechnet: 1) die vorhandenen Gebäude, 2) das Inventarium.

§ 9. Jedoch darf der Werth beider drei und dreißig ein Drittel Prozent des ermittelten Grundwerthes nicht übersteigen.

§ 10. Zur Berechnung der Höhe der Naturalbelastungen werden folgende Preise angewendet: 1 Schffl. Weizen 1 Ahtlr. 5 Sgr., 1 Schffl. Roggen 25 Sgr., 1 Schffl. Gerste 17 Sgr. 6 Pf., 1 Schffl. Hafer 12 Sgr. 6 Pf., 1 Schffl. Erbsen 25 Sgr., 1 Schffl. Buchweizen 15 Sgr., 1 Kubnung 6—8 Ahtlr., 1 Jungviehnung 3 bis 4 Ahtlr., 1 Pferdennung 10—12 Ahtlr., 1 Schafnugung 12—15 Sgr.

Die Berechnung des Werthes des Inventarii geschieht dagegen nach folgenden Preisen: für ein Pferd 30—40 Ahtlr., für einen Zugochsen 20—30 Ahtlr., für eine Kuh 15—20 Ahtlr., für einen Zuchtstier 20—30 Ahtlr., für ein Stück Jungvieh oder Fohlen 8—10 Ahtlr., für ein Schaf 2 Ahtlr., für ein Schwein 3—5 Ahtlr., für einen Wagen 15—30 Ahtlr., für einen Bitag 3—5 Ahtlr., für eine Egge 1—1½ Ahtlr., für einen Haken 1—1½ Ahtlr.

Verantw. Red.: G. Nidert. — Druck u. Verlag von A. W. Rasemann.